

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

**Einbringer:** **Landesregierung**

**(Drucksache 7/3340)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 21. Oktober 2021

## 1. Drucksache

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Das Thüringer Schiedsstellengesetz wurde seit seiner Verabschiedung im Jahr 1996 nur kleineren, meist redaktionellen Änderungen unterworfen, jedoch keiner größeren Evaluation unterzogen. Eine Praxisabfrage hat Novellierungsbedarf in mehreren Punkten ergeben:

So ist die eingeschränkte sachliche Zuständigkeit der Schiedsstellen in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten nicht mehr zeitgemäß. Erfasst sind weder nichtvermögensrechtliche Ansprüche noch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche. Auch für Herausgabeansprüche auf bestimmte, konkretisierte Sachen besteht keine Zuständigkeit der Schiedsstellen. Dadurch fallen etliche Streitigkeiten im Nachbarrecht oder wegen Verletzung der persönlichen Ehre aus dem Anwendungsbereich heraus. Gerade hier besteht aber Konfliktpotential vor Ort und ist eine Schlichtung durch Laienrichter sinnvoll.

Die Regelung im bisherigen § 28 Satz 1 ermöglicht keine Vertretung einer Partei in der Schlichtungsverhandlung durch einen Bevollmächtigten als rechtsgeschäftlichen Vertreter, etwa durch Familienangehörige, Vorsorgebevollmächtigte oder auch Rechtsanwälte, obwohl dafür im Einzelfall ein Bedarf bestehen und ein Bevollmächtigter einen Beitrag für eine einvernehmliche Lösung leisten kann.

Zudem sind trotz gestiegenem Einkommens- und Preisniveau die Gebührensätze nach § 50 seit 24 Jahren unverändert geblieben. Gleiches gilt für die maximale Höhe der in § 24 Abs. 2 vorgesehenen Ordnungsgelder.

### **B. Lösung**

Erlass eines Änderungsgesetzes, mit dem das Thüringer Schiedsstellengesetz insbesondere wie folgt modifiziert wird:

§ 13 Satz 1 wird dergestalt erweitert, dass neben vermögensrechtlichen Ansprüchen auch nichtvermögensrechtliche Ansprüche aus dem Nachbarrecht und wegen Verletzung der persönlichen Ehre in den sachlichen Anwendungsbereich aufgenommen werden. Ausgenommen werden mit Blick auf Ehrverletzungen solche Ansprüche, die sich gegen die mediale Berichterstattung richten, da diese für das Schlichtungsverfahren

ungeeignet erscheinen (§ 13 Satz 2 Nr. 4). Die auch weiterhin ausgenommenen Ansprüche aus Familiensachen werden in § 13 Satz 2 Nr. 2 näher bestimmt.

Die Ausschließung der Schiedsperson von der Ausübung ihres Amtes wird auf Angelegenheiten von Lebenspartnern erstreckt, § 17 Nr. 2.

Die maximale Höhe des in § 24 Abs. 2 vorgesehenen Ordnungsgeldes wird angemessen angehoben.

§ 28 wird dahin gehend geändert, dass die Vertretung einer natürlichen Person in der Schlichtungsverhandlung durch einen Bevollmächtigten zulässig ist, wenn die bevollmächtigte Person eine schriftliche Bevollmächtigung nachweist und zur Aufklärung des Sachverhalts in der Lage sowie zu einem Vergleichsschluss ermächtigt ist.

Die Verweisungen in § 39 Abs. 1 Satz 1 und § 51 Abs. 1 Nr. 1 werden aktualisiert.

Die Gebührensätze nach § 50 Abs. 1 und 2 werden moderat angehoben.

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Kosten**

Die geplanten Regelungen haben keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft oder die Verwaltung ist nicht zu erwarten. Für die Gemeinden ist aufgrund der Erhöhung der Gebühren sowie des Ordnungsgeldes mit geringfügigen Mehreinnahmen zu rechnen, die nicht genau prognostiziert werden können. Die entsprechend höhere Gebührenlast werden die Bürger im Rahmen des Schlichtungsverfahrens zu tragen haben. Gleiches gilt für höhere Ordnungsgelder, wobei mit diesen aber weiterhin nur in wenigen Einzelfällen zu rechnen ist.

### **E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 17. Mai 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen  
Entwurf des

"Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellen-  
gesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen  
am 2./3./4. Juni 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Das Thüringer Schiedsstellengesetz in der Fassung vom 17. Mai 1996 (GVBl. S. 61), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. September 2010 (GVBl. S. 291), wird wie folgt geändert:

1. § 13 erhält folgende Fassung:

**"§ 13**  
Sachliche Zuständigkeit

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet das Schlichtungsverfahren über vermögensrechtliche Ansprüche sowie über Ansprüche aus dem Nachbarrecht und wegen der Verletzung der persönlichen Ehre, auch soweit diese nichtvermögensrechtlicher Art sind, statt. Das Schlichtungsverfahren findet nicht statt, wenn

1. für die Angelegenheit die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte besteht,
2. der Anspruch aus einer in § 111 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit genannten Familiensache herrührt,
3. an der Angelegenheit der Bund, ein Land, eine Gemeinde oder eine sonstige Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts beteiligt ist oder
4. sich der Anspruch gegen Medienunternehmen richtet."

2. § 17 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

"2. in Angelegenheiten ihres Ehegatten oder früheren Ehegatten; dies gilt auch für Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz;"

3. In § 24 Abs. 2 werden die Worte "fünfundzwanzig Euro" durch die Angabe "einhundert Euro" ersetzt.

4. § 28 erhält folgende Fassung:

**"§ 28**  
Vertretung natürlicher Personen  
in der Schlichtungsverhandlung

Die Vertretung natürlicher Personen in der Schlichtungsverhandlung ist unzulässig, es sei denn,

1. es liegt ein Fall der gesetzlichen Vertretung vor oder
2. die vertretende Person weist eine schriftliche Bevollmächtigung nach und ist zur Aufklärung des Sachverhalts in der Lage sowie zu einem Vergleichsschluss ermächtigt.

Erfolgt die gesetzliche Vertretung durch mehrere Personen, können diese sich unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht gegenseitig vertreten."

5. In § 39 Abs. 1 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 380 Abs. 1 Satz 2 der Strafprozeßordnung)" durch den Klammerzusatz "(§ 380 Abs. 1 Satz 3 der Strafprozeßordnung)" ersetzt.

6. In § 47 Abs. 2 Nr. 3 wird das Wort "Schreibauslagen" durch die Angabe "Dokumentenpauschale nach § 51 Abs. 1 Nr. 1" ersetzt.
7. § 50 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Halbsatz 1 wird die Angabe "zehn Euro" durch die Angabe "20 Euro" ersetzt.
    - bb) In Halbsatz 2 wird die Angabe "20 Euro" durch die Angabe "40 Euro" ersetzt.
  - b) In Absatz 2 wird die Angabe "35 Euro" durch die Angabe "50 Euro" ersetzt.
8. § 51 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

"1. Dokumentenpauschalen für die Aufnahme von Anträgen, für Mitteilungen an die Parteien sowie für Ausfertigungen und Abschriften von Protokollen und Bescheinigungen; die Höhe der Dokumentenpauschalen bestimmt sich nach Nummer 31000 der Anlage 1 Teil 3 Hauptabschnitt 1 des Gerichts- und Notarkostengesetzes;"
9. In § 52 Abs. 2 Satz 1 und § 54 Abs. 2 Nr. 1 wird jeweils das Wort "Schreibauslagen" durch das Wort "Dokumentenpauschalen" ersetzt.
10. Nach § 58 wird folgender neue § 59 eingefügt:

"§ 59  
Übergangsvorschrift zum Ersten Gesetz zur  
Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes

In Schlichtungsverfahren, in denen der Antrag auf Durchführung eines solchen vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes] bei der Schlichtungsstelle eingegangen ist, ist § 50 in der am ... [einsetzen: Datum des Tages vor dem Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes] geltenden Fassung anzuwenden."
11. Folgender § 60 wird angefügt:

"§ 60  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter."
12. Der bisherige § 59 wird § 61.
13. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

## Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zweiten auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Durch die nach § 13 Abs. 1 eingeschränkte sachliche Zuständigkeit der Schiedsstellen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten allein für vermögensrechtliche Ansprüche, die Zahlungen oder die Leistung anderer vertretbarer Sachen zum Gegenstand haben, fallen etliche Streitigkeiten im Nachbarrecht oder wegen Verletzung der persönlichen Ehre aus dem Anwendungsbereich des Thüringer Schiedsstellengesetzes heraus, so zum Beispiel Duldungs- und Unterlassungsansprüche. Die seinerzeitige Überlegung des Landesgesetzgebers, Streitigkeiten auf dem Gebiet des Nachbarrechts nicht durch Laienrichter schlichten zu lassen, weil das bundes- und landesrechtliche Nachbarrecht für viele Thüringer neu sei und die Laienrichter Rechtspositionen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vertreten könnten, ist überholt. Die meisten (auch neuen) Länder zählen mittlerweile nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Nachbarrecht zum sachlichen Anwendungsbereich des Schiedsverfahrens. Gleiches gilt für den Ehrschutz, mit dessen strafrechtlicher Komponente sich die Schiedspersonen ohnehin bereits im Rahmen des Sühneverfahrens nach § 380 Abs. 1 Satz 1 der Strafprozeßordnung (StPO) in Verbindung mit § 35 Abs. 1 zu beschäftigen haben.

In § 24 Abs. 1 ist bestimmt, dass die Parteien des Schlichtungsverfahrens in dem anberaumten Schlichtungstermin persönlich zu erscheinen haben. Zwar ist die Vertretung natürlicher Personen durch einen gesetzlichen Vertreter ohne weiteres möglich. Eine Vertretung durch Bevollmächtigte in der Schlichtungsverhandlung ist aber nach § 28 Satz 1 nicht zulässig; lediglich Eltern als gesetzliche Vertreter eines Kindes können einander mit einer schriftlichen Vollmacht vertreten, § 28 Satz 2. Auch etwa Vorsorgebevollmächtigte ist eine Vertretung in der Schlichtungsverhandlung verwehrt: Wird eine Partei vor oder während des Schlichtungsverfahrens geschäftsunfähig oder ist sie zur Teilnahme körperlich oder geistig nicht mehr in der Lage, kann der Vorsorgebevollmächtigte sie nicht vertreten, sondern es muss ein Betreuer als gesetzlicher Vertreter bestellt werden. Das steht im Widerspruch dazu, dass gerade ältere Bürger ermutigt werden, durch Vorsorgevollmachten eine zeit- und kostenintensive Bestellung eines Betreuers im Vorfeld zu vermeiden.

Das für das Thüringer Schiedsstellengesetz federführend zuständige Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz hat nach entsprechenden Vorarbeiten, in deren Zuge die gerichtliche Praxis sowie der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. beteiligt wurden, zu dem vom Kabinett am 30. Juni 2020 zur Kenntnis genommenen Referentenentwurf die erforderlichen Anhörungen durchgeführt. In deren Rahmen wurden die gerichtliche und die staatsanwaltliche Praxis, die kommunalen Spitzenverbände in Thüringen, die Notarkammer Thüringen, die Rechtsanwaltskammer Thüringen, der Thüringer Anwaltverein e.V., der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft der Betreuungsvereine Thüringen e.V. und die Regio-Gruppe Thüringen des Bundesverbandes freier Berufsbetreuer e.V. beteiligt.

Zudem wurde das Ministerium für Inneres und Kommunales zu der Frage beteiligt, ob die aktuellen Gebührensätze nach § 50 noch für auskömmlich erachtet werden. Diese betragen nach § 50 Abs. 1 für das Schlichtungsverfahren zehn Euro, im Fall eines Vergleichs 20 Euro und können nach § 50 Abs. 2 auf höchstens 35 Euro erhöht werden. Sie sind



seit Verabschiedung des Thüringer Schiedsstellengesetzes im Jahr 1996 (abgesehen von der Währungsumstellung auf Euro) unverändert geblieben. Gleiches gilt für das in § 24 Abs. 2 vorgesehene Ordnungsgeld für unentschuldigtes Fernbleiben einer Partei von der Schlichtungsverhandlung in Höhe von 25 Euro. Damit dieses seinem Sanktionscharakter auch weiterhin gerecht werden kann, bedarf es einer moderaten Anpassung. Zahlreiche Kommunen sehen derzeit davon ab, Beträge unter 50 Euro zu vollstrecken. Um die Attraktivität des Ehrenamts zu steigern und der allgemeinen inflationsbedingten Preis- und Einkommensentwicklung Rechnung zu tragen, ist eine moderate Anpassung der Gebührensätze vorgesehen.

Im Ergebnis der umfassenden Praxis- und Verbändebeteiligung wurde die ursprüngliche Überlegung, die Schiedsverhandlung nur für Vorsorgebevollmächtigte zu öffnen und dabei eine Prüfung des Vorsorgefalls durch die Schiedsperson vorzusehen, nicht weiterverfolgt. Denn zum einen drohte eine solche Prüfung, die Schiedsperson gerade in Grenzfällen zu überfordern. Außerdem werden Vorsorgevollmachten in der Regel im Außenverhältnis unbedingt erteilt, sodass der Eintritt des Vorsorgefalls keine Voraussetzung oder Bedingung für das wirksame Gebrauchmachen von der Vollmacht im Außenverhältnis ist. Zum anderen führte eine Begrenzung auf Vorsorgevollmachten zu praktischen Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber sonstigen Vollmachten, da keine gesetzliche Definition der Vorsorgevollmacht existiert.

Darüber hinaus sind im Zuge der Praxis- und Verbändebeteiligung redaktionelle Unebenheiten aufgefallen, die korrigiert wurden (§ 13 Satz 2 Nr. 2, § 17 Nr. 2, § 39 Abs. 1 Satz 1, § 51 Abs. 1 Nr. 1).

Weitere Anregungen durch die Praxis sind auf fachlicher Ebene erwogen, nach eingehender Prüfung aber nicht aufgegriffen worden:

- So wurde davon abgesehen, die Schlichtungsverhandlung für die Möglichkeit einer Bild- und Tonübertragung entsprechend § 128a der Zivilprozessordnung zu öffnen. Zum einen ist dies mit Anschaffungskosten bei der jeweiligen Schiedsstelle verbunden, die außer Verhältnis zur Gesamtzahl an Schiedsverfahren stehen. Diese Sachkosten müssten nach § 12 Abs. 1 die Gemeinden tragen. Zum anderen dient § 128a der Zivilprozessordnung in erster Linie der Überwindung größerer Distanzen in Fällen der Zeugenvernehmung oder Parteianhörung und ist weniger auf Güteverhandlungen ausgerichtet. Gerade bei Nachbarschaftsstreitigkeiten kann den Parteien ohne weiteres zugemutet werden, vor der gemeinsamen örtlichen Schiedsstelle der Gemeinde zu erscheinen. Insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Mehrzahl der Bürger mit einem Schiedsverfahren auch die Möglichkeit verbinden, der Gegenseite persönlich gegenüberzutreten. Die bloße Übertragung von Bild und Ton ist, ungeachtet des technischen Fortschritts, der gleichzeitigen Anwesenheit in öffentlichen Räumlichkeiten nicht gleichzusetzen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen infolge der COVID-19-Pandemie gilt es aber perspektivisch zu beobachten, ob und in welchem Umfang der Zivilprozess für eine Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung zusätzlich geöffnet wird und ob dies auf ein außergerichtliches Verfahren vor der Schiedsstelle entsprechend übertragen werden sollte. Ein dringendes Regelungsbedürfnis für Schiedsverfahren ist durch die aktuelle Pandemielage indes nicht zu erkennen. Vielmehr kann durch organisatorische Maßnahmen im Einzelfall, wie zum Beispiel Ausweichen auf größere Besprechungsräume und Ein-

haltung von Hygiene- und Abstandsregelungen, Infektionsgefahren begegnet werden.

- Weiterhin wird kein Bedarf für die Möglichkeit gesehen, von der Regelung nach § 15a des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung Gebrauch zu machen. Hiernach kann durch Landesgesetz bestimmt werden, dass die Erhebung der Klage in bestimmten Fällen erst zulässig ist, nachdem von einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle versucht worden ist, die Streitigkeit einvernehmlich beizulegen. Indessen bereitet es kleineren Gemeinden immer wieder Schwierigkeiten, Bürger für die ehrenamtliche Tätigkeit als Schiedsperson zu gewinnen. Im Fall einer Vakanz bestünde die Gefahr, dass die Möglichkeit der Klageerhebung gehindert wäre, gleichzeitig aber das Schlichtungsverfahren sich bis zur Besetzung der Schiedsstelle verzögern würde. Überdies ist der Geschäftsanfall in Zivilsachen seit Jahren deutlich rückläufig, sodass zusätzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Eingangszahlen in der Ziviljustiz aktuell nicht dringlich erscheinen.

Aufgrund der Zuständigkeitserweiterung im neu gefassten § 13 wird sich voraussichtlich eine mäßige Steigerung der Verfahrenszahlen ergeben. In den Jahren 2010 bis 2018 sank die Zahl der Schiedsstellen im Land von 250 auf 232. Die Gesamtverfahrenszahl der Schiedsstellen in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten schwankte in diesem Zeitraum zwischen 205 (2016) und 245 (2013) Verfahren, mit 336 als Ausreißer im Jahr 2011. Damit liegt die Durchschnittsverfahrenszahl für bürgerliche Rechtsangelegenheiten in diesem Jahrzehnt bei rund einem Verfahren pro Schiedsstelle im Jahr.

Eine Steigerung der Sachkosten durch einen Anstieg der Verfahrenszahlen ist nicht zu erwarten. Die Gemeinden sind nach § 12 Abs. 1 Kostenträger und es ist ihre Aufgabe, die Schiedsstelle zu errichten und zu unterhalten, § 1 Abs. 1 Satz 1. Einmal installiert, dürften die Unterhaltungskosten für die Schiedsstelle aber im Regelfall nicht von den Fallzahlen abhängen. Eine (nichtrepräsentative) Abfrage bei mehreren Gemeinden hat ergeben, dass den Schiedspersonen entsprechende Räumlichkeiten in der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt werden, sodass regelmäßig keine Anmietungskosten anfallen. Typische Kostenpositionen der Gemeinden sind die Lehrgangskosten der Schiedsperson beim Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. sowie der entsprechende Mitgliedsbeitrag. Mehrkosten fallen hier vor allem bei einem Wechsel der Schiedsperson an, da in diesem Fall mehrere Lehrgänge in einem Jahr zu absolvieren sein könnten. Hinzu kommen Kosten für Büromaterial und zur Ausstattung der Schiedsperson mit Literatur und Formularbüchern. Es handelt sich hierbei aber insgesamt um Fixkosten, die weitestgehend unabhängig von der Anzahl der Schiedsverfahren anfallen. Auslagen (die pro Verfahren anfallen) werden nach § 51 von den Parteien des Schiedsverfahrens erhoben. Konkrete Hinweise, dass die Erhebung der verfahrensbezogenen Auslagen nicht kostendeckend ist, liegen nicht vor.

Die Tätigkeit der Schiedsperson selbst erfolgt ehrenamtlich. Sie erhält (neben der Gemeinde) die Hälfte der eingenommenen Gebühren, § 54 Abs. 1. Mehrkosten durch höhere Verfahrenszahlen dürften bei den Kommunen daher für die Schiedsperson nicht anfallen.

Mangels statistischer Daten zu den tatsächlichen Unterhaltungskosten der Gemeinden für die Schlichtungsstellen kann letztlich nicht genau

prognostiziert werden, wie sich gegebenenfalls Mehreinnahmen und -ausgaben auch im Verhältnis zueinander entwickeln werden.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind nicht zu erwarten. Die Gemeinden erfüllen nach § 1 Abs. 3 die ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben im eigenen Wirkungskreis.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1**

#### **Zu Nummer 1**

§ 13 wird aus Gründen der Übersichtlichkeit insgesamt neugefasst.

#### **Zu Satz 1**

In Satz 1 wird die sachliche Zuständigkeit für das Schlichtungsverfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geregelt.

Die Zuständigkeit wurde bisher für vermögensrechtliche Ansprüche eröffnet, allerdings nicht in vollem Umfang. Nach der bereits auf das Reichsgericht zurückgehenden Rechtsprechung (vergleiche Urteil vom 15. März 1934, Az. IV 358/33, RGZ 144, 158; Urteil des Bundesgerichtshofs vom 22. Juni 1954, Az. I ZR 225/53, BGHZ 14, 72) ist ein Anspruch vermögensrechtlich, wenn er auf Zahlung von Geld oder Leistung geldwerter Gegenstände im weitesten Sinne gerichtet ist. Die Natur des dabei zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses ist ohne Bedeutung. Neben klassischen Ansprüchen auf Zahlung von Geld fallen daher auch Herausgabeansprüche hierunter. Diese sind nach bisheriger Rechtslage nur eingeschränkt erfasst, weil Satz 1 in seiner bisherigen Fassung das Schiedsverfahren lediglich für vermögensrechtliche Ansprüche zulässt, die Zahlungen oder die Leistung anderer vertretbarer Sachen zum Gegenstand haben. Ein auf konkrete Sachen, die durch individuelle Merkmale von anderen Sachen dieser Art unterschieden werden können, gestützter Herausgabeanspruch kann hingegen vor den Schiedsstellen nicht geltend gemacht werden.

Diese Unterscheidung erscheint indes nicht sachgerecht. Eigentumsrechtliche Fragen zeichnen sich etwa gegenüber auf Zahlung gerichteten schuldrechtlichen Ansprüchen nicht durch in rechtlicher Hinsicht schwierigere Fallgestaltungen aus, da das Sachenrecht als Rechtsmaterie kaum Gesetzesänderungen unterliegt. Im Übrigen ist nach dem Zehnten Buch der Zivilprozessordnung, das schiedsrichterliche Verfahren betreffend, davon auszugehen, dass jeder vermögensrechtliche Anspruch Gegenstand einer Schiedsvereinbarung sein kann, vergleiche § 1030 Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung.

Mit dem neugefassten Satz 1 wird daher die sachliche Zuständigkeit in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten für alle vermögensrechtlichen Ansprüche eröffnet.

Daneben wird mit der Regelung in Satz 1 die sachliche Zuständigkeit nunmehr auch für nichtvermögensrechtliche Ansprüche eröffnet, soweit diese aus dem Nachbarrecht oder aus der Verletzung der persönlichen Ehre herrühren.

Nichtvermögensrechtliche Ansprüche sind ihrer Natur nach solche, die den sozialen Geltungsanspruch der Person betreffen, soweit sie nicht

in wesentlicher Weise auf die Wahrung wirtschaftlicher Belange abzielen. Von praktischer Bedeutung sind Widerrufs- und Unterlassungsansprüche, die ohne Rücksicht auf geldwerte Interessen das Ansehen der Partei wahren sollen, ferner der Anspruch auf Unterlassung von Belästigungen, der Anspruch auf Gegendarstellung, Berichtigungs- und Löschungsansprüche oder der Streit um den Ausschluss aus einem Idealverein.

Mit "Ansprüche aus dem Nachbarrecht" sind vor allem die Ansprüche des privaten Nachbarrechts gemeint, also die bundesrechtlich in den §§ 903 bis 924 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) geregelten Fälle. Daneben kommen auch solche nach dem Thüringer Nachbarrechtsgesetz in Betracht. Nicht unter das Nachbarrecht in diesem Sinne fällt hingegen das öffentliche Baunachbarrecht nach dem Baugesetzbuch.

Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre beziehen sich auf alle in den §§ 185 bis 193 des Strafgesetzbuchs unter Strafe gestellten Ehrverletzungen (Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Verunglimpfung) im weiteren Sinne, erfassen aber nicht alle sonstigen Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Neben dem Recht der Ehre fallen unter das allgemeine Persönlichkeitsrecht etwa auch das Recht am eigenen Bild, am eigenen Namen, am gesprochenen oder geschriebenen Wort, das Recht auf Schutz der Privat-, Geheim- und Intimsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Anders als Ehrverletzungen, die vorwiegend von strafrechtlichen Würdigungen geprägt sind, deren Bewertung bereits nach geltendem Recht im Rahmen des Sühneverfahrens (§ 380 Abs. 1 Satz 1 StPO) den Schiedspersonen obliegt, zeichnen sich sonstige Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch komplexere rechtliche Wertungen aus und erscheinen für das Schlichtungsverfahren daher ungeeignet.

#### Zu Satz 2

In den Nummern 1 bis 3 werden Ausschlussstatbestände normiert, in denen trotz der nach Satz 1 grundsätzlich gegebenen sachlichen Zuständigkeit das Schlichtungsverfahren nicht stattfindet, nämlich in Angelegenheiten, für die die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte besteht, wenn der Anspruch aus einer Familiensache herrührt oder wenn an der Angelegenheit der Bund, ein Land, eine Gemeinde oder eine sonstige Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts beteiligt ist. Die bisherige Rechtslage bleibt damit diesbezüglich unverändert bestehen.

In Nummer 2 wird zur näheren Bestimmung der "Familiensachen" ein Verweis auf § 111 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingefügt; eine Änderung der Rechtslage ist damit nicht verbunden.

Mit Nummer 4 wird ein zusätzlicher Ausschlussstatbestand eingeführt, nach dem das Schlichtungsverfahren nicht stattfindet, wenn gegen ein Medienunternehmen Ansprüche geltend gemacht werden (etwa auf Unterlassung oder Gegendarstellung). Solche Ansprüche im Zusammenhang mit medialer Berichterstattung eignen sich nicht für das Schlichtungsverfahren, weil häufig Sachverhalte betroffen sind, die eine Abwägung verschiedener Grundrechte (allgemeines Persönlichkeitsrecht, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) erfordern. Deren gerichtliche Klärung kann mitunter für vergleichbare Fallgestaltungen sogar wünschenswert sein.

Ausgeschlossen ist das Schlichtungsverfahren indes nur, wenn Ansprüche gegen ein Medienunternehmen selbst gerichtet sind. Durch Num-

mer 4 ist hingegen nicht der Fall erfasst, dass etwa die ehrverletzende Äußerung eines Dritten über die Medien veröffentlicht wird und der Dritte hierfür in Anspruch genommen werden soll (zum Beispiel bei einer Beleidigung durch eine Privatperson, die in der Berichterstattung der lokalen Presse wiedergegeben wurde, beziehungsweise beleidigende Beiträge innerhalb sozialer Netzwerke).

Der Begriff "Medien" erfasst jede Veröffentlichung durch Druckerzeugnisse, Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen, aber auch Veröffentlichungen in Online-Diensten. Dies sind neben elektronischen Zeitungen oder Zeitschriften und E-Books auch Internetforen, Blogs und soziale Netzwerke (Facebook, Twitter oder Instagram) sowie Internetfernsehen, Internetradio und Videoportale (zum Beispiel YouTube). Kommentare und Beiträge in Blogs beziehungsweise sozialen Netzwerken von natürlichen Personen werden regelmäßig mangels unternehmerischer Tätigkeit nicht unter die Ausschlussregelung nach Nummer 4 fallen.

Ein Unternehmen ist in Anlehnung an § 14 Abs. 1 BGB jede natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Zwischen privatrechtlich und öffentlich-rechtlich organisierten Medienunternehmen wird nach § 14 Abs. 1 BGB nicht unterschieden. Öffentlich-rechtliche Medienunternehmen werden, soweit sie als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert sind, aber ohnehin bereits unter die Ausschlussregelung nach Nummer 3 fallen.

Zu Nummer 2

In § 17 sind die Fälle geregelt, in denen die Schiedsperson von der Ausübung ihres Amtes ausgeschlossen ist. Dies ist nach Nummer 2 bisher der Fall in Angelegenheiten ihres Ehegatten oder früheren Ehegatten, nicht aber in Angelegenheiten ihres jetzigen oder früheren Lebenspartners.

Das am 1. August 2001 in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) ermöglichte bis einschließlich September 2017 die Begründung von Lebenspartnerschaften zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts. Seit dem 1. Oktober 2017 ist die Begründung neuer Lebenspartnerschaften nach Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) nicht mehr möglich. Zwar können Lebenspartner auf Antrag ihre Lebenspartnerschaft nunmehr in eine Ehe umwandeln (§ 20a LPartG). Da dies aber weder automatisch erfolgt, noch ein solcher Antrag zwingend ist, ist Nummer 2 zum Zwecke der Schließung dieser Lücke zu ergänzen.

Mit Nummer 2 ist deshalb eine Erweiterung um den Fall vorgesehen, dass es in dem schiedsgerichtlichen Verfahren um eine Angelegenheit des jetzigen oder früheren eingetragenen Lebenspartners der Schiedsperson handelt. In dieser Fallgestaltung soll die Schiedsperson von der Ausübung ihres Amtes künftig kraft Gesetzes ausgeschlossen sein.

Zu Nummer 3

Mit der Erhöhung des Ordnungsgeldrahmens auf bis zu 100 Euro für den Fall des unentschuldigten Nichterscheins oder vorzeitigen Entfernens einer Partei soll der Sanktionscharakter des Ordnungsgeldes auch in Zukunft gesichert werden. Seitens des Bundes Deutscher Schieds-

männer und Schiedsfrauen e.V. ist zuletzt bemängelt worden, dass eine Vollstreckung von Ordnungsgeldern unter 50 Euro durch die Kommunen in keinem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stünde und daher zahlreiche Kommunen entsprechende Ordnungsgelder teils gar nicht mehr vollstrecken würden. Hierdurch droht letztlich auch ein Autoritätsverlust für die einzelne Schiedsperson. Die Pflicht der Parteien, in dem anberaumten Termin persönlich zu erscheinen, § 24 Abs. 1, ist zudem wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Schlichtungsverhandlung. Denn die Möglichkeit der persönlichen Aussprache kann maßgeblich für eine gütliche Streitbeilegung werden. Entsprechend braucht es effektive Sanktionsmöglichkeiten, sodass die Höhe des Ordnungsgeldes anzuheben ist. In anderen Ländern ist dies bereits erfolgt, vergleiche zum Beispiel § 18 Abs. 4 Satz 1 des Hessischen Schiedsamtgesetzes.

Zu Nummer 4

§ 28 wird insgesamt neugefasst. Im bisherigen § 28 ist geregelt, dass die Vertretung natürlicher Personen in der Schlichtungsverhandlung durch Bevollmächtigte nicht zulässig ist. Lediglich Eltern als gesetzliche Vertreter eines Kindes können einander mit einer schriftlichen Vollmacht vertreten. Hierdurch wird der Fall einer Vertretung natürlicher Personen aufgrund einer Vollmacht aber nicht befriedigend gelöst. Eine solche Vertretung wäre nach aktueller Rechtslage nicht möglich.

Zu Satz 1

§ 28 Satz 1 wird neugefasst und ergänzt um die Vorbehalte nach den Nummern 1 und 2.

Nummer 1 betrifft den Fall der gesetzlichen Vertretung. Es handelt sich um eine klarstellende Regelung ohne Änderung der Rechtslage. Auch bislang war eine Vertretung durch gesetzliche Vertreter ohne weiteres zulässig.

Mit Nummer 2 wird in Abkehr von der bisherigen Rechtslage eine Vertretung durch Bevollmächtigte in der Schiedsverhandlung zugelassen. Hierzu müssen als Voraussetzungen erfüllt sein, dass die bevollmächtigte Person eine schriftliche Bevollmächtigung nachweist und zur Aufklärung des Sachverhalts in der Lage sowie zu einem Vergleichsschluss ermächtigt ist.

Der bislang geltende generelle Ausschluss von Bevollmächtigten in der Schiedsverhandlung erscheint nicht mehr sachgerecht. Der bisherige Zweck des § 28 war es, die natürlichen Parteien persönlich an einen Tisch zu bringen, um eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Eine solche wird aber nicht notwendigerweise erschwert, wenn eine bevollmächtigte Person an der Schiedsverhandlung teilnimmt. Im Gegenteil kann die Verhandlung durch einen Bevollmächtigten anstelle der unter Umständen stark emotionalisierten Partei einen positiven Verfahrensausgang sogar begünstigen.

Maßgeblich für die Zulassung von Bevollmächtigten in der Schiedsverhandlung ist zudem die Überlegung, dass in einer gerichtlichen Zivilverhandlung ein Vertreter auftreten kann, selbst wenn das persönliche Erscheinen der Partei angeordnet ist, sofern der Vertreter zur Aufklärung des Tatbestands in der Lage und zum Vergleichsabschluss ermächtigt ist (§ 141 Abs. 3 Satz 2 der Zivilprozessordnung). Es liegt kein sachlicher Grund vor, weshalb die Privatautonomie in Schiedsverhandlungen so viel stärker eingeschränkt bleiben sollte.

Zu Satz 2

In Satz 2 wird der bisherige Regelungsgehalt verallgemeinert. Nicht nur bei der gesetzlichen Vertretung durch Eltern, sondern bei jeder gesetzlichen Vertretung durch mehrere Personen sollen sich diese gegenseitig vertreten können, wenn sie eine schriftliche Vollmacht vorlegen.

Zu Nummer 5

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Mit Artikel 3 Nr. 16a des 1. Justizmodernisierungsgesetzes vom 24. August 2004 (BGBl. I S. 2198, 2300) wurde nach § 380 Abs. 1 Satz 1 StPO ein neuer Satz 2 eingefügt, sodass der bisherige Satz 2 zu Satz 3 wurde.

Zu Nummer 6

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 8.

Zu Nummer 7

Die Gebührensätze nach § 50 sind seit der Verabschiedung des Thüringer Schiedsstellengesetzes im Jahr 1996 (abgesehen von der Währungsumstellung auf Euro) unverändert geblieben. Die nunmehr moderate Anpassung trägt der allgemeinen Preis- und Einkommensentwicklung Rechnung, ohne die Attraktivität des Schlichtungsverfahrens als solches zu gefährden. Zugleich soll mit der Erhöhung dem ehrenamtlichen Engagement der Schiedspersonen Rechnung getragen werden.

Die Mindestgebühr für das Schlichtungsverfahren soll von bisher zehn Euro auf 20 Euro angehoben werden. Für den Fall eines Vergleichsschlusses soll die Gebühr 40 Euro anstelle von bisher 20 Euro betragen. Die Höchstgebühr für das Schlichtungsverfahren, auf die die Mindestgebühr unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Kostenschuldners, des Umfangs und der Schwierigkeit des Falles erhöht werden kann, wird von bisher 35 Euro auf 50 Euro angehoben.

Zu den Nummern 8 und 9

Die bisherige Verweisung in § 51 Abs. 1 Nr. 1 hinsichtlich der Höhe der Schreibauslagen auf § 136 Abs. 3 der Kostenordnung geht mittlerweile ins Leere, weil die Kostenordnung mit Ablauf des 31. Juli 2013 außer Kraft getreten ist. An deren Stelle ist das Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) getreten. Die Höhe der Schreibauslagen ergibt sich daher aus der Anlage 1 Teil 3 Hauptabschnitt 1 Nr. 31000 zu § 3 Abs. 2 GNotKG (Kostenverzeichnis). Soweit das Gerichts- und Notarkostengesetz anstelle von Schreibauslagen stattdessen von Dokumentenpauschale spricht, soll dieser Begriff für das Thüringer Schiedsstellengesetz übernommen werden.

Entsprechend soll auch in den §§ 52 und 54 der Terminus Dokumentenpauschale einheitlich anstelle von Schreibauslagen verwandt werden.

Zu Nummer 10

Im neuen § 59 ist eine Übergangsregelung für bereits laufende Schlichtungsverfahren enthalten. Soweit der Antrag auf Durchführung des Schlichtungsverfahrens im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 1 vor Inkrafttreten dieses Änderungsgesetzes eingegangen ist, verbleibt es bei den bisherigen Regelungen zur Höhe der Verfahrensgebühren (§ 50). Die

Übergangsregelung ist geboten, da andernfalls das Recht zum Zeitpunkt der letzten Schlichtungsverhandlung maßgeblich wäre, gerade aber die antragsstellende Partei als grundsätzlicher Kostenschuldner darauf vertrauen durfte, dass die aktuellen Gebührensätze nicht während des laufenden Verfahrens erhöht werden.

Weiterer Übergangsregelungen bedurfte es hingegen nicht. Insbesondere ist für § 13 eine Übergangsregelung nicht veranlasst. So wird die Schiedsstelle in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten während des laufenden Verfahrens auch in den Fällen zuständig, in denen ursprünglich eine Zuständigkeit nicht gegeben war. Damit wird vermieden, dass ein nach dem bisherigen Recht unzulässiger Antrag abgelehnt werden müsste, der nach dem Inkrafttreten der Neuregelung zugleich in zulässiger Weise mit gleichem Inhalt erneut gestellt werden könnte.

Für das Ordnungsgeld nach § 24 Abs. 2 ist dasjenige Recht anzuwenden, das zum Zeitpunkt der Beendigung der Handlung (unentschuldigtes Nichterscheinen zum beziehungsweise Entfernen vom Termin) gilt. Dies ist Ausfluss des aus dem Gesetzlichkeitsprinzip nach Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes folgenden Rückwirkungsverbots, wonach durch Gesetz eine Strafe rückwirkend weder begründet noch verschärft werden darf. Dieser Rechtsgedanke ist auf Sanktionsvorschriften im weiteren Sinne (so auch das Ordnungsgeld) entsprechend anzuwenden, sodass es einer Übergangsregelung nicht bedarf.

Zu Nummer 11

Mit der Gleichstellungsklausel in § 60 wird klargestellt, dass sämtliche im Gesetz verwendeten Status- und Funktionsbezeichnungen für alle Geschlechter gelten.

Zu Nummer 12

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 11.

Zu Nummer 13

Die Inhaltsübersicht des Stammgesetzes ist aufgrund der Neueinfügungen der §§ 59 und 60 und der Änderung des bisherigen § 59 zu § 61 entsprechend anzupassen.

#### **Zu Artikel 2**

In Artikel 2 ist das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes geregelt. Durch die bis zu zweimonatige Phase zwischen Verkündung und Inkrafttreten des Gesetzes wird gewährleistet, dass sich die Praxis auf die neuen Regelungen einstellen kann.



## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Bundesverband freier Berufsbetreuer

Bund deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS) e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Notarkammer Thüringen

Rechtsanwaltskammer Thüringen

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes		
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
2	Name	
	Organisationsform	
	Bundesverband freier Berufsbetreuer e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Geschäftsstelle	
3	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Sachsendorfer Str. 7	
	Postleitzahl, Ort	
4	03051 Cottbus	
	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
5	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenverband der freiberuflich tätigen Rechtlichen Betreuer	
4	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Hatte lediglich redaktionellen Hintergrund.	
5	<b>Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)</small>	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b> Saalfeld, 16.10.2020	<b>Unterschrift</b> 
---	---

---

**Von:** @bvfbbev.de  
**Gesendet:** Donnerstag, 9. Juli 2020 11:54  
**An:**  
**Betreff:** AW: Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank im Namen des BVfB e.V., dass Sie uns berücksichtigt haben, zur Kenntnis und gegebenenfalls Stellungnahme zum „Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes“.

Inhaltlich haben wir keine Anmerkungen, außer, es ist uns wichtig ist, dass die Vertretung durch die rechtliche Betreuung erhalten bleibt!

Sprachlich würden wir uns wünschen, dass Sie aus „gerichtlich bestellten Betreuer“ eine Umformulierung in „rechtlichen Betreuer“ vornehmen. Diese Formulierung entspricht dann auch dem aktuellen Referentenentwurf zum Betreuungsgesetz und umfasst die ehrenamtlichen, die Vereins- und freiberuflichen Rechtlichen Betreuer gleichermaßen.

Für Fragen und Anregungen stehe ich weiter zur Verfügung. Gern höre ich von Ihnen.

Mit freundlichem Gruß

-----  
Vorstandsmitglied des BVfB e.V.  
Regio-Beauftragter Thüringen  
[www.bvfbbev.de/thueringen.html](http://www.bvfbbev.de/thueringen.html)



-----  
ANREKU | Rechtliche Betreuung und Nachlassorganisation  
Brucknerstr. 8  
07318 Saalfeld/Saale  
Germany

-----  
Tel +49 3671 62 96 75  
Fax +49 3671 62 96 76  
[www.anreku.com](http://www.anreku.com)  
[anreku@anreku.de](mailto:anreku@anreku.de)

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes											
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d.h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z.B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> <i>Bind Deutschen Schieds- männer und Schiedsfrauen e.V. - BDS -</i> </td> <td> <i>Verein</i> </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>		Name	Organisationsform	<i>Bind Deutschen Schieds- männer und Schiedsfrauen e.V. - BDS -</i>	<i>Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<i>Bind Deutschen Schieds- männer und Schiedsfrauen e.V. - BDS -</i>	<i>Verein</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d.h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)											
<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)             </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>		Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	Aus- und Fortbildung der Schiedspersonen; Wahrung und Förderung ihrer Interessen
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Im Wesentlichen wurde die Regelung befürwortet, unser Ergänzungsvorschlag: Einführung des § 15a EGZPO
5	Würden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bochum, 23.10.2020	





Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. - BDS -  
Postfach 10 04 52 · 44704 Bochum

Thüringer Ministerium für  
Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Postfach 90 04 62  
99107 Erfurt

**BDS**

- Die Bundesvorsitzende
- Die Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

Bochum, den

10.08.2020

**Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Anlage: Unser Schreiben vom 18.02.2020

Sehr geehrte

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 07.07.2020 danken wir zunächst für die Übersendung des Entwurfs eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Hierzu nehmen wir wie folgt gemeinsam für die Bundes- und Landesvereinigung Stellung.

Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich lediglich auf die Umformulierung des § 13 sowie die weiteren Änderungen zum bisherigen Entwurfsstand.

Im Übrigen verweisen wir auf unser Schreiben vom 18.02.2020 (Stellungnahme zum Referentenentwurf vom 06.12.2019, siehe Anlage) und die darin gemachten weiteren Anregungen.

**Zu § 13:**

Die Erweiterung der Zuständigkeit hinsichtlich der Ansprüche aus dem Nachbarrecht und der Ehrverletzung - auch nichtvermögensrechtlicher Art - befürworten wir vollumfänglich. Derartige Fallkonstellationen sind den Schiedsstellen bekannt und diese sind sehr gut für eine einvernehmliche vorgerichtliche Streitschlichtung durch Schiedspersonen geeignet.

Der aktuell vorgesehene Ausschluss der Zuständigkeit für Ansprüche gegen Medienunternehmen ist nachvollziehbar und findet unsererseits Zustimmung. Mit dieser

Formulierung bleibt als Handlungsoption für die Schiedspersonen bestehen, dass auch Ansprüche aus der Verletzung der persönlichen Ehre, welche in Veröffentlichungen von Presseerzeugnissen erfolgt sind, durch den Antragsteller gegenüber dem Verursacher bzw. Erklärenden weiterhin vor der Schiedsstelle geltend gemacht werden können. Dies passt auch gut zum strafrechtlichen Aufgabengebiet der Schiedsstelle als Vergleichsbehörde im Sinne des § 380 Abs 1 StPO.

#### **Zu § 28:**

Die Ergänzung, dass der Bevollmächtigte die Schiedsperson unverzüglich auf den Eintritt des Vorsorgefalls hinweisen soll ist zweckdienlich und unsererseits zu befürworten, da somit zügig Klarheit im Verfahren herbeigeführt und eine unnötige Verfahrensverzögerung vermieden werden kann.

Hierzu möchten wir erneut anmerken, dass die geplante Regelung hinsichtlich des vorgesehenen Verfahrens etwas kompliziert ausgestaltet scheint, insbesondere weil die Schiedsperson die zu vertretende natürliche Person persönlich anhören soll. Diese vorgesehene persönliche Anhörung der zu vertretenden natürlichen Person durch die Schiedsperson, auch zur Feststellung ob die Voraussetzungen für eine Vertretung durch einen Bevollmächtigten gegeben sind, kann im Hinblick auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 15 Thüringer Schiedsstellengesetz in der Praxis erhebliche Probleme bereiten. Wenn der Antrag schriftlich bei der Schiedsstelle, in deren Amtsbezirk der Antragsgegner wohnt, gestellt wurde und der Antragsteller aufgrund erteilter Vorsorgevollmacht im Termin vertreten werden soll, ist die persönliche Anhörung seiner Person durch die Schiedsperson möglicherweise sehr aufwendig und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden, wenn der Antragsteller weit entfernt von der zuständigen Schiedsstelle wohnt. Insoweit sollte die vorgesehene Neufassung des § 28 zumindest noch dahingehend ergänzt werden, dass es heißt:

*„Die Schiedsperson hat die zu vertretende natürliche Person persönlich anzuhören, sofern diese in demselben Gemeindebezirk, in dem die Schlichtungsverhandlung stattzufinden hat, wohnt und in der Schlichtungsverhandlung ...“*

Ergänzend möchten im Übrigen erneut darauf hinweisen, dass wir es vor allem aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger des Landes Thüringen für sehr bedauerlich halten, dass die obligatorische Vorschaltung der Schiedsstellen gemäß § 15a EGZPO, wie in der überwiegenden Zahl der anderen Bundesländer, in Thüringen leider nicht eingeführt werden

soll. Die weitestgehend flächendeckend vorhandenen Schiedsstellen mit den ehrenamtlich zur Verfügung stehenden Schiedsfrauen und Schiedsmänner könnten in überschaubarem Umfang diese weitere Aufgabe im Rahmen ihrer Zuständigkeiten übernehmen, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, dass eine zeitnahe einvernehmliche Klärung wertmäßig überschaubarer Forderungen eine befriedende Wirkung auf die Beteiligten ausübt und somit insbesondere in kleinen Kommunen zur Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens beiträgt. Aus unserer Sicht spricht die Mehrheit der Argumente dafür, auch in Thüringen die obligatorische Vorschaltung einzuführen.

Eine zeitnahe Beschlussfassung und In-Kraft-Setzung dieses ersten Änderungsgesetzes ist insgesamt aus unserer Sicht sehr wünschenswert.

Wir stehen Ihnen für eventuell vertiefende Fragen oder Abstimmungen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schiedsfrau und Mediatorin  
Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher  
Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. - BDS -

Stellv. Schiedsfrau  
Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS



Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. - BDS -  
Postfach 10 04 52 - 44704 Bochum

Thüringer Ministerium für  
Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Postfach 90 04 62  
99107 Erfurt

**BDS**

- Die Bundesvorsitzende
- Die Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

Bochum, den

18.02.2020

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer  
Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrter

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 09.12.2019 danken wir zunächst für die Übersendung des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Hierzu nehmen wir wie folgt gemeinsam für die Bundes- und Landesvereinigung Stellung:

**Zu § 13:**

Die Erweiterung der Zuständigkeit hinsichtlich der Ansprüche aus dem Nachbarrecht und der Ehrverletzung - auch nichtvermögensrechtlicher Art - wird von uns vollumfänglich befürwortet. Eine Vielzahl solcher Fallkonstellationen werden bereits jetzt an die Schiedsstellen herangetragen. Durch Schulungen des BDS sind den Schiedspersonen diese Themen umfassend bekannt, so dass diese sehr gut vorbereitet und geeignet sind, um diesbezügliche Schlichtungsverfahren souverän durchführen zu können.

Die Zuständigkeit für presserechtliche Ansprüche auszuschließen ist nachvollziehbar und akzeptabel, da die Folgen und Handlungsoptionen in derartigen Fällen für die Schiedspersonen gegebenenfalls nicht umfassend überschaubar sein könnten.

#### **Zu § 14:**

Wir halten aufgrund entsprechender Rückmeldungen aus den Schulungen unseres Bundesschiedsamtseminars an unserem Vorschlag fest, die meditative Aufgabenbeschreibung der Schiedspersonen stärker zu betonen und diese noch wie folgt durch einen neuen S. 2 zu verdeutlichen:

*„Die Schiedsperson erörtert mit den Parteien deren Vorstellung von einer einvernehmlichen Regelung der Streitsache.“*

Der aktuelle S. 2 würde dann S. 3

#### **Zu § 17:**

Die Ergänzung der Lebenspartner ergibt sich als logische Schlussfolgerung aus dem Lebenspartnerschaftsgesetz und ist als Klarstellung der Begrifflichkeit sowie Gleichstellung der betroffenen Personen zu befürworten.

#### **Zu § 24:**

Die Erhöhung des Ordnungsgeldes auf 100 Euro wird sehr begrüßt, da somit der Sanktionscharakter verstärkt und die praktische Umsetzung der Vollstreckung über die Kommunen deutlich wahrscheinlicher wird.

#### **Zu § 28:**

Die Ergänzung der Vertretung hinsichtlich der Vorsorgevollmacht könnte so erfolgen. Gegen die hier geplante Regelung spricht aber, dass das vorgesehene Verfahren eher kompliziert ausgestaltet scheint, insbesondere, weil die Schiedsperson die zu vertretende natürliche Person persönlich anhören soll. Diese vorgesehene persönliche Anhörung der zu vertretenden natürlichen Person durch die Schiedsperson, auch zur Feststellung ob die Voraussetzungen für eine Vertretung durch einen Bevollmächtigten gegeben sind, kann im Hinblick auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 15 Thüringer Schiedsstellengesetz in der Praxis erhebliche Probleme bereiten. Wenn der Antrag schriftlich bei der Schiedsstelle, in deren Amtsbezirk der Antragsgegner wohnt, gestellt wurde und der Antragsteller aufgrund erteilter Vorsorgevollmacht im Termin vertreten werden soll, ist die persönliche Anhörung seiner Person durch die Schiedsperson möglicherweise sehr aufwendig und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden, wenn der Antragsteller weit

entfernt von der zuständigen Schiedsstelle wohnt. Insoweit sollte die vorgesehene Neufassung des § 28 zumindest noch dahingehend ergänzt werden, dass es heißt:

*„Die Schiedsperson hat die zu vertretende natürliche Person persönlich anzuhören, sofern diese in demselben Gemeindebezirk, in dem die Schlichtungsverhandlung stattzufinden hat, wohnt und in der Schlichtungsverhandlung ...“*

Die hier vorgeschlagene ergänzende Regelung kommt so auch im §§ 39 Abs. 1 Nr. 2 des Thüringer Schiedsstellengesetzes vor.

Für den Fall, dass die zu vertretene Partei nicht in demselben Gemeindebezirk wohnt, könnte die Regelung vorgesehen werden: »Andernfalls hat die zu vertretende natürliche Person die Voraussetzungen für die Vertretung durch ärztliches Attest nachzuweisen«.

Viele Schiedspersonen werden hinsichtlich der tatsächlichen Feststellung der Geschäftsunfähigkeit unsicher sein. Außerdem sind hier praktisch keine Vorsorgevollmachten bekannt, welche Schlichtungsverfahren o.Ä. mit umfassen würden.

3

Wir weisen abschließend nochmals darauf hin, dass aus hiesiger Sicht die Anzahl der in Betracht kommenden Fälle so gering sein dürfte, dass die Praxisrelevanz dieser Änderung eher zu vernachlässigen ist.

#### **Zu § 50:**

Die Gebührenanpassungen sind vollumfänglich zu befürworten, da sie moderat (immer noch Inanspruchnahme-freundlich) und annähernd inflationsausgleichend und somit angemessen sind.

Die übrigen (redaktionellen) Änderungen (§§ 39, 47, 51, 52, 54) sind folgerichtige Anpassungen gemäß den zu Grunde liegenden Gesetzlichkeiten (Verweisungen, Termini).

Eine zeitnahe Beschlussfassung und In-Kraft-Setzung dieses Änderungsgesetzes wäre insoweit grundsätzlich wünschenswert. Wir möchten aber nochmals darauf hinweisen, dass wir es weiter vor allem aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger des Landes Thüringen und der ihnen insoweit ehrenamtlich zur Verfügung stehenden Schiedsfrauen und Schiedsmänner für sehr bedauerlich halten, dass erneut nicht die Chance ergriffen wird, die obligatorische Vorschaltung der Schiedsstellen gemäß § 15a EGZPO, wie in der überwiegenden Zahl der

anderen Bundesländer, auch in Thüringen einzuführen. Hier kann insbesondere die Argumentation im Referentenentwurf gegen die Einführung der obligatorischen Streitschlichtung nicht überzeugen. Da die Schiedsstellen auch - strafrechtlich obligatorische - Sühnebehörde im Sinne des §§ 380 StPO sind, besteht für die Kommune ohnehin (siehe auch § 1 Abs. 1 und § 35 Abs. 1 Thüringer Schiedsstellengesetz) zwingend - als Pflichtaufgabe - die Pflicht, eine Schiedsstelle einzurichten, da anderenfalls dies sonst eine Rechtsverweigerung für den Recht suchenden Bürger darstellen würde. Der Referentenentwurf selbst verweist in seiner Begründung unter I bei der Erweiterung der Zuständigkeit der Schiedsstellen für die nichtvermögensrechtlichen Ansprüche aus dem Nachbarrecht und wegen Verletzung der persönlichen Ehre außerdem ausdrücklich darauf hin, dass diese in diesem Zusammenhang beabsichtigten Neuregelungen auch in den meisten anderen Ländern so geregelt sei. Warum will sich das Bundesland Thüringen demgegenüber in der Frage der obligatorischen Vorschaltung aber weiter freiwillig aus dem Kanon der anderen Bundesländer herauslösen? Selbst wenn angenommen wird, dass eine signifikante Entlastung der Ziviljustiz durch die Einführung der Obligatorik in diesem Sinne nicht zu erwarten sei, was diesseits bezweifelt wird aufgrund der Erfahrungen, die insbesondere in den frühen 2000er Jahren in anderen Bundesländern gemacht werden konnten, bleibt jedenfalls bei einer weiteren Nicht-Einführung der Obligatorik die Chance veran, einen weiteren sinnvollen, nachweislich erfolgreichen und nachhaltigen Beitrag zu einer, das gesellschaftliche Klima verbessernden, konsensualeren Streitbeilegungskultur auch im Land Thüringen durch ehrenamtliche und damit kostengünstige Strukturen anzubieten.

4

Wir stehen Ihnen für eventuell vertiefende Fragen oder Abstimmungen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schiedsrau und Mediatorin  
Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher  
Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. - BDS -

Stellv. Schiedsfrau  
Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td><b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b> <b>Thüringen</b></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b> <b>Thüringen</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		<b>Gemeinde- und Städtebund e.V.</b> <b>Thüringen</b>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunale Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Angenommene durch Schlichter (128) wird als problematisch gesehen. Moderate Erhöhung der Verfahrensgebühren wird befürwortet	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen <u>schriftlichen</u> Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, d.	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>												
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes												
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Nolarkammer Thüringen</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Regierungsstraße 28</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Nolarkammer Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 28	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt	
	Name	Organisationsform										
	Nolarkammer Thüringen	KdöR										
	Geschäfts- oder Dienstadresse											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 28										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname										
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer												
	Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Vertretung der Gesamtheit der Notarinnen u. Notare in Thüringen (vgl. § 67 BNotO)</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Ergänzung von § 17 Nr. 2 § 28 Abs. 2</i>	
5.	<b>Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
16.10.2020	



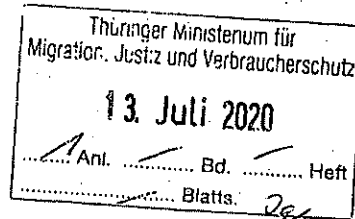
# NOTARKAMMER THÜRINGEN

Regierungsstraße 28  
99084 Erfurt  
Telefon (03 61) 55 50 40  
Telefax (03 61) 5 55 04 44  
E-Mail: [info@notarkammer-thueringen.de](mailto:info@notarkammer-thueringen.de)  
Internet: [notarkammer-thueringen.de](http://notarkammer-thueringen.de)

Notarkammer Thüringen - Regierungsstraße 28 - 99084 Erfurt

Thüringer Ministerium für Migration,  
Justiz und Verbraucherschutz,

Werner-Seelenbinder-Straße 5  
99096 Erfurt



Erfurt, 10. Juli 2020

**Ihr Schreiben per E-Mail vom 07.07.2020 bezüglich des Entwurfs eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrte Frau

wir bedanken uns zunächst für die Übersendung des Entwurfs eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Der Gelegenheit zur Stellungnahme kommen wir sehr gern nach. Gleichwohl bitten wir um Verständnis, dass wir unsere Stellungnahme infolge der mangelnden Expertise auf dem Gebiet der Verfahren vor den Thüringer Schiedsstellen auf wenige Bereiche, die einen notariellen Bezug ausweisen, beschränken.

**zu § 17 Nr. 2 ThürSchStG-E:**

§ 17 Nr. 2 ThürSchStG-E weitet den Bereich des Ausschlusses der Amtsausübung von Schiedsmännern und Schiedsfrauen auf Angelegenheiten von (auch früheren) Lebenspartnern nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz aus. Dies erscheint rechtlich zwingend und ist in jedem Fall zu begrüßen. Bei dieser Gelegenheit könnte jedoch ferner erwogen werden, den Ausschluss der Amtsausübung auch für Angelegenheiten von den Verlobten der Schiedspersonen und weitere Fallgruppen vorzusehen, wie dies beispielsweise – in unterschiedlicher Form – bei insofern vergleichbaren Vorschriften – etwa in § 3 BeurkG, § 22 StPO oder § 41 ZPO – geschieht. Rechtsvergleichend könnten zudem entsprechende Regelungen aus anderen Bundesländern herangezogen werden, wie etwa § 18 des Gesetzes über die Schiedsstellen in den Gemeinden (Brandenburg) oder § 20 des Sächsischen Schieds- und Gütestellengesetzes.

### zu § 28 Abs. 2 ThürSchStG-E:

Die grundsätzliche Unzulässigkeit der Vertretung natürlicher Personen in der Schlichtungsverhandlung soll durch § 28 Abs. 2 ThürSchStG-E – d. h. für den Fall einer Vertretung kraft erteilter und inhaltlich einschlägiger Vorsorgevollmacht im Vorsorgefall – durchbrochen werden. Die dadurch beabsichtigte Stärkung des Instituts der Vorsorgevollmacht ist im Interesse der rechtsuchenden Bevölkerung nachhaltig zu unterstützen. Dennoch wirft der Gesetzesentwurf insofern Fragen auf.

- Begriff der Vorsorgevollmacht

Nicht unproblematisch erscheint bereits die Verwendung des Begriffs der Vorsorgevollmacht. Im Unterschied etwa zum Begriff der Patientenverfügung (vgl. § 1901a Abs. 1 S. 1 BGB) wird der Begriff der Vorsorgevollmacht<sup>1</sup> zwar gesetzlich verwendet (vgl. §§ 1901c, 1908f BGB, § 20a BeurkG, § 6 Abs. 2 BtBG), nicht jedoch gesetzlich definiert. Daher ist oft auch nicht auf den ersten Blick erkennbar, ob es sich bei einer bestimmten Vollmacht um eine Vorsorgevollmacht handelt oder nicht.<sup>2</sup> Die Abgrenzung von Vorsorgevollmachten zu sonstigen Vollmachten bereitet wegen der „unscharfen“ Unterscheidungskriterien<sup>3</sup> gerade dann Schwierigkeiten, wenn die Vollmachtgeber nicht auf kundige Rechtsberater oder etablierte Musterformulierungen – wie die des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz – zurückgreifen, sondern eigene Formulierungen oder solche aus „zweifelhaften“ (Internet-) Quellen verwenden.

- Form der Vollmacht

Gemäß § 28 Abs. 1 S. 2 ThürSchStG-E bedarf eine Vollmacht, die Eltern als gesetzliche Vertreter eines Kindes einander erteilen, der Schriftform. Bei Vorsorgevollmachten nach § 28 Abs. 2 ThürSchStG-E werden jedoch keinerlei Anforderungen an die Form gestellt. Nach § 28 Abs. 2 ThürSchStG könnte die Vorsorgevollmacht daher formfrei – z.B. auch rein mündlich – erteilt werden (§ 167 Abs. 2 BGB). Dies erscheint uns wenig sachgerecht und als Grundlage eines „gerichtsähnlichen“ staatlichen Verfahrens kaum angemessen.

Jedenfalls sollte auch berücksichtigt werden, dass bei einer rechtsgeschäftlichen Vertretungsmacht / Vorsorgevollmacht – anders als im Fall der gemeinsamen Eltern

<sup>1</sup> Zum Begriff zuerst Müller-Freienfels, FS Coing, S. 395.

<sup>2</sup> MüKoBGB/Schneider, 8. Aufl. 2020, BGB § 1901c Rn. 8.

<sup>3</sup> Z.B. Errichtungszweck der konkreten Vollmacht, das Vorliegen typischer Regelungsinhalte, wie etwa Erteilung einer Generalvollmacht im vermögensrechtlichen Bereich – und zwar auch ohne die Aufzählung bestimmter Anwendungssituationen, wie diese aber wohl die Gesetzesbegründung vor Augen hat etc. Vgl. im Ausgangspunkt etwa Rezori, in: Armbrüster/Preuß/Renner, BeurkG/DONot, 8. Aufl. 2020, § 20a BeurkG, Rn. 2 ff.

– kein „natürliches“ auf Ehe oder Verwandtschaft beruhendes Vertrauensverhältnis zwischen Bevollmächtigten und Vertretenen besteht. Daher sollten die Formanforderungen an die Vollmachtserteilung in Falle des § 28 Abs. 2 ThürSchStG-E höher sein als bei § 28 Abs. 1 S. 2 ThürSchStG-E; keinesfalls jedoch niedriger.

Sollte im Fall der Vertretung kraft Vorsorgevollmacht ebenfalls die Schriftform, § 126 BGB, als (minimales) Formerfordernis verankert werden, würde dies jedoch die Probleme, unter denen rein privatschriftliche (Vorsorge-)Vollmachten leiden, nicht beheben. Privatschriftliche Vollmachten vermitteln kaum Sicherheit darüber, dass sie tatsächlich vom Vollmachtgeber stammen und dessen Willen widerspiegeln. Dieses Identitäts- und Authentizitätsproblem rein privatschriftlicher Vollmachten verstärkt sich im vorliegenden Fall dadurch, dass die Vollmacht hier nur im „Vorsorgefall“ einsetzbar sein soll, also insbesondere im Fall der Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers (§ 28 Abs. 2 S. 2 ThürSchStG-E). Die in § 28 Abs. 2 S. 4 ThürSchStG-E vorgesehene persönliche Anhörung des Vollmachtgebers bringt in Fällen der Geschäftsunfähigkeit gerade keine Aufklärung darüber, ob die Erklärung bzw. die Unterschrift unter der Vollmacht (sofern wenigstens Schriftform verlangt würde) tatsächlich vom Vollmachtgeber stammt.

Eine Formvorschrift, welche nicht einmal die Identität des Vollmachtgebers belegt, konfliktiert zudem mit § 18 Abs. 1 ThürSchStG. Danach wird die Schiedsperson nicht oder nicht weiter tätig, wenn u.a. *„die Parteien (...) ihre Identität nicht nachweisen; Bedenken gegen die Geschäftsfähigkeit (...) der Parteien oder gegen die Legitimation ihrer Vertreter bestehen“*. Die vorstehenden Grundsätze sollten für die Anforderungen an die zu fordernde Form bei (Vorsorge-) Vollmachten übertragen werden. Insofern könnte es sich – auch im Interesse der Rechtssicherheit – anbieten, an strengere Formvorschriften, wie etwa an § 29 GBO („öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden“) anzuknüpfen. Die Übertragung der Grundsätze der Prozessvollmacht (§§ 80 ff. ZPO) erscheint in Anbetracht der Tatsache, dass es hier explizit um Vorsorgemachten (und gerade nicht um Prozessvollmachten) geht, nicht angezeigt. Daher sollten „vollmachtstypische“ Formvorschriften – z.B. „öffentlich beglaubigt“ – ausgewählt werden, um auch in Bezug auf andere Rechtsbereiche, bei denen Vorsorgevollmachten eine ungleich größere Bedeutung haben, bei der rechtssuchenden Bevölkerung keine Fehlvorstellungen auszulösen.

- Vorsorgefall

Wir gestatten uns abschließend darauf hinzuweisen, dass die Feststellung des „Vorsorgefalls“ nach § 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 2, 4 ThürSchStG-E für die Schiedsperson aus unserer Sicht – jedenfalls in Grenzbereichen – höchst problematisch sein dürfte. Der Gesetzesentwurf selbst geht davon aus, dass für die Fallgruppe der Geschäftsunfähigkeit regelmäßig eine (sicherlich „fach-“) ärztliche Begutachtung notwendig sei. Hierbei dürfte auch zu berücksichtigen sein, dass Schiedsstellen verhältnismäßig wenige Verfahren führen<sup>4</sup> und insofern kaum auf entsprechende Expertise und Erfahrungswerte zur rechtlichen Bewertung eines bestimmten gesundheitlichen

<sup>4</sup> Die Gesetzesbegründung selbst spricht von einer (!) zivilrechtlichen Streitigkeit pro Jahr und Schiedsstelle.



Zustandes haben dürften. Die der Gesetzesbegründung zu entnehmende Abgrenzung zwischen Fällen der Geschäftsunfähigkeit und Fällen, in denen (lediglich) zu besorgen ist, dass die vertretene Person einer Schlichtungsverhandlung nicht mehr gewachsen ist, erscheint vor diesem Hintergrund ebenfalls zweifelhaft. Die Gesetzesbegründung schildert zunächst ausschließlich Fälle, in denen es – so die notarielle Erfahrung – für einen Nichtfacharzt besonders schwierig ist, belastbare Einschätzungen zur Geschäftsfähigkeit bzw. Handlungsfähigkeit einer Person zu treffen. Gerade bei Depressionen, Schizophrenie oder leichter Demenz könnte das der Schiedsperson eingeräumte Einschätzungsermessen diese leicht überfordern. Hinzu kommt, dass die Gesetzesbegründung im Zusammenhang mit der Prüfung und Feststellung der Voraussetzungen nach § 28 Abs. 2 S. 1 f. ThürSchStG-E auch von einer möglichen Haftung der Schiedsperson spricht. Mag eine solche Haftung der Schiedsperson jedenfalls bei dem von der Gesetzesbegründung ausdrücklich erwähnten, kollusiven Zusammenwirken mit dem Bevollmächtigten angemessen erscheinen, so fragt es sich, ob Gleiches auch für (meist nur im Nachhinein als offensichtlich) erkennbare Fehler im Zusammenhang mit der Vorsorgebevollmächtigung gelten soll. Im Übrigen bleibt darauf hinzuweisen, dass für Amtspflichtverletzungen der Schiedsperson im Rahmen des Schlichtungsverfahrens das Land haftet, § 12 Abs. 3 ThürSchStG.

Eingedenk der vorstehenden Erwägungen sowie zur Reduzierung möglicher Haftungsgefahren für die Schiedspersonen und den Freistaat Thüringen würden wir anregen, die Formanforderungen an die (Vorsorge-)Vollmacht zu erhöhen. Es sollte durch ein bestimmtes Formerfordernis an die Vollmachtserteilung jedenfalls eine Identitätsprüfung – besser noch (zur Sicherstellung der Wirksamkeit der Vollmacht) eine Geschäftsfähigkeitsprüfung – bei der Vollmachtserteilung sichergestellt werden.

Hinsichtlich der Prüfung des Eintritts des Vorsorgefalls zum Zeitpunkt des Schlichtungsverfahrens sollte ebenfalls geprüft werden, ob hieran festgehalten werden soll. Ggfs. könnte ein bestimmter (rechtssicher und einfach nachprüfbarer) zeitlicher Abstand zwischen Vollmachtserteilung und Schlichtungsverfahren genügen, um jedenfalls die in der Gesetzesbegründung zitierten Fälle auszuschließen, in denen nur deshalb eine Vollmachtserteilung erfolgt, um ein persönliches Erscheinen zu vermeiden. Andererseits geben wir auch zu bedenken, ob nicht auf den Nachweis des Eintritts des Vorsorgefalls gänzlich verzichtet werden kann. Der Eintritt des Vorsorgefalls ist in der Regel nicht Voraussetzung oder Bedingung für das wirksame Gebrauchmachen von der Vollmacht im Außenverhältnis. Außerdem kann man durchaus die Frage stellen, ob die Einigungschancen in einem Verfahren mit einem Vorsorgebevollmächtigten, der in der Regel eine absolute Vertrauensperson des Vollmachtgebers ist, wirklich geringer sind, als im Vergleich zum Fall, in dem jemand partout nicht persönlich teilnehmen möchte (und nur deshalb „missbräuchlich“<sup>5</sup> eine Vorsorgevollmacht errichten würde) und hierzu „gezwungen“ wird. In einem solch hoch emotionalen Verfahren dürfte die Zielsetzung des Schlichtungsverfahrens iSe „der gegenseitigen Aussprache und Versöhnung“ (so die Gesetzesbegründung) einem kaum realisierbaren Erwartungsideal entsprechen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass eine gütliche

5

So dezidiert der Gesetzesentwurf in seiner Begründung.

Streitbeilegung durch Dritte – die als Vorsorgebevollmächtigte und damit Vertrauenspersonen durchaus auch bestimmenden zwischenmenschlichen Einfluss auf die Vollmachtgeber haben – sogar den positiven Prozessausgang befördern kann. In jedem Fall würde eine Prozessführung damit erheblich vereinfacht und effizienter, wenn auf den Nachweis des Vorsorgefalls verzichtet würde.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen/kollegialen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"><b>Rechtsanwaltskammer Thüringen</b></td> <td style="padding: 5px;"><b>KdöR.</b></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><b>Bahnhofstr. 46</b></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><b>99084 Erfurt</b></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Rechtsanwaltskammer Thüringen</b>	<b>KdöR.</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Bahnhofstr. 46</b>	Postleitzahl, Ort	<b>99084 Erfurt</b>
	Name	Organisationsform									
	<b>Rechtsanwaltskammer Thüringen</b>	<b>KdöR.</b>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Bahnhofstr. 46</b>									
Postleitzahl, Ort	<b>99084 Erfurt</b>										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vergl. § 73 Abs. 2 BRAO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)  Siehe <b>Schlussatz vom 31.08.20 am Ende.</b>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Das Ministerium hat die Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt (Schreiben 07.07.20)	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.10.2020	



Rechtsanwaltskammer Thüringen · Bahnhofstraße 46 · 99084 Erfurt ·

**Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und  
Verbraucherschutz**

Rechtsanwaltskammer Thüringen  
Bahnhofstraße 46  
99084 Erfurt

Telefon: (0361) 6 54 88-0  
Telefax: (0361) 6 54 88-20

E-Mail: [info@rak-thueringen.de](mailto:info@rak-thueringen.de)  
Internet: [www.rak-thueringen.de](http://www.rak-thueringen.de)

Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum

31.08.2020

## **Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrte Frau  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Rechtsanwaltskammer Thüringen dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes.

Die Erweiterung der Kompetenzen der Schiedsstellen auch im nichtvermögensrechtlichen Bereich begegnen diesseits Bedenken. Im Zuge einer Überarbeitung ist aus hiesiger Sicht eher darüber nachzudenken, die Zuständigkeit über eine Regelung der Gegenstandswerte zu begrenzen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Schiedspersonen nicht die Befähigung zum Richteramt haben müssen, gleichwohl aber verbindliche und vollstreckbare Vergleiche mit den Parteien verabreden können sollen.

Im Einzelnen:

1.

Wer schon mit Schlichtungsverfahren befasst war, erkennt das grundlegende Problem der fehlenden fachlichen Qualifikation der eingesetzten Schiedspersonen. Es handelt sich in der Regel um rechtliche Laien, also Personen ohne jegliche rechtliche Vorbildung.

Aufgrund von Sinn und Zweck der Tätigkeiten einer Schiedsstelle soll die Schiedsperson nachhaltig und überzeugend im Verfahren auftreten. Dies kann jedoch aufgrund der rechtlichen Unkenntnis zu rechtlich deutlichen fehlerhaften oder auch unsinnigen "Vergleichen" der Parteien führen.

Das Ergebnis des Verfahrens kann rechtlich bindend und sogar vollstreckbar sein. Bei rechtlich fehlerhaften oder sogar contra legem getroffenen Entscheidungen kann dies sehr problematisch sein (vgl. §§ 32 ff. ThürSchStG).

2.

Unter Berücksichtigung der Auswahl und der Qualifikation der Schiedspersonen erscheint die Regelung in § 28 Abs. 2 ThürSchStG völlig unangebracht und letztlich rechtswidrig.

Die im Gesetzentwurf geregelten Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Vertretung einer natürlichen Person durch einen Bevollmächtigten sollen nun durch einen rechtlichen Laien geprüft und bindend festgestellt werden.

Nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 ThürSchStG muss dem Bevollmächtigten eine Vorsorgevollmacht erteilt worden sein.

Die Schiedsperson prüft also die formellen Voraussetzungen und den materiell-rechtlichen Inhalt der vorgelegten Vollmacht - mit welcher fachlichen Kenntnis? Es ist nicht einmal geregelt, dass die Vorsorgevollmacht im Original vorgelegt werden muss.

Nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 ThürSchStG soll die Schiedsperson prüfen, ob die streitgegenständliche Angelegenheit von der Vorsorgevollmacht erfasst ist.

Wie ein rechtlicher Laie die juristischen Fachbegriffe mit einem natürlichen Lebenssachverhalt in Übereinstimmung bringen will, bleibt unklar. Die aufgeworfenen Rechtsfragen sind teilweise für Juristen schwierig zu klären und durchaus streitig zu beantworten.

Nach § 28 Abs. 2 Nr. 3 ThürSchStG soll die Schlichtungsperson prüfen und feststellen, ob der Vorsorgefall eingetreten ist. Nach dem Gesetzestext soll der Vorsorgefall bezüglich der zu vertretenden natürlichen Person eingetreten sein, "... wenn zu besorgen ist, dass sie der Mitwirkung in einer Schlichtungsverhandlung nicht mehr hinreichend gewachsen ist".

Zur Prüfung der Geschäftsunfähigkeit der vertretenen natürlichen Person oder auch der Besorgnis, dass diese an einer Schlichtungsverhandlung nicht mehr hinreichend gewachsen ist, soll eine Anhörung der zu vertretenden natürlichen Person durch die Schiedsperson ausreichend sein. Die Schiedsperson als rechtlicher und medizinischer Laie soll dann eine bindende Feststellung treffen, die nicht mehr anfechtbar ist!

Die Begründung zu dieser gesetzlichen Regelung ist unzureichend, widersprüchlich und beachtet die aktuelle Rechtslage nicht.

In der Gesetzesbegründung wird nicht berücksichtigt, dass die Geschäftsunfähigkeit nur durch bestimmte Fachärzte festgestellt werden kann und nicht durch jeden Hausarzt.

Die Gesetzesbegründung oder -kommentierung ersetzt nicht den Gesetzestext. Bei der erforderlichen Auslegung eines Gesetzes muss eine mögliche Auslegung zumindest ansatzweise ihre Grundlage im Wortlaut des Gesetzestextes finden. Diese Auswahl hat sich innerhalb des möglichen Wortsinnes des Textes zu vollziehen. Es ist also nicht ausreichend, wenn in der Begründung des Gesetzes darauf hingewiesen wird, dass die Schiedsperson ohne ärztliche Begutachtung das Vorliegen der Geschäftsunfähigkeit nicht prüfen können wird.

In der Gesetzesbegründung wird erklärt, die Schiedsperson könne nach "eigenem Ermessen" prüfen, ob der Vollmachtgeber bei der Mitwirkung in einer Schlichtungsverhandlung nicht mehr hinreichend gewachsen ist, wenn eine Geschäftsunfähigkeit also nicht feststeht.

Damit soll die Schiedsperson als rechtlicher und medizinischer Laie in Fällen, in denen die tatsächliche Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers nicht medizinisch festgestellt ist, nach eigenem Ermessen entscheiden, ob diese Person von den Verhandlungen ausgeschlossen

wird. Diese Feststellung einer "alternativen" Geschäftsunfähigkeit soll dann in rechtlich nicht anfechtbarer Weise festgestellt werden.

Die Landesregierung überschreitet u.U. damit auch ihre Gesetzgebungskompetenz. Die Fragen der Geschäftsfähigkeit sind bundesrechtlich geregelt (vgl. §§ 104 ff., 131, 1896 BGB, §§ 51 f. ZPO, u. a.). Deseits werden insofern Bedenken gehegt, ob mit den vorgesehenen Regelungen in Kompetenzbereiche des Bundesgesetzgebers eingegriffen wird.

Zusammengefasst begegnen daher die geplanten Änderungen mehrheitlich Bedenken unsererseits.

Vor dem Hintergrund der auch in der Gesetzesbegründung genannten äußerst überschaubaren Anzahl an Schiedsfällen erscheint ein ergänzendes Regelungsbedürfnis und eine Erweiterung der Kompetenz nicht erforderlich, insbesondere so lange keine Erweiterung auch der Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Schiedsperson selbst damit verbunden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident



### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Thüringer Rechnungshof

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Thüringer Oberlandesgericht

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Verbraucherzentrale Thüringen e.V.

Rechtsanwaltskammer Thüringen

Bündnis Konfliktlösung c/o IHK Dresden

Bund deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS) e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)										
	Finanzkontrolle										
<b>4.</b>	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?										

	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt den Entwurf des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes zur Kenntnis. Er begrüßt die Tätigkeit der Schiedsstellen als sinnvolles Angebot der außergerichtlichen Streitschlichtung. Ergänzend hält der Rechnungshof die Einführung einer obligatorischen Streitschlichtung nach § 15 a EGZPO für sinnvoll. Der Gesetzentwurf hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation <b>zu</b> ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 1. September 2021	



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des  
Ausschusses für Migration,  
Justiz und Verbraucherschutz  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes  
Drucksache 7/3340**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 GO

Rudolstadt  
1. September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für den Rechnungshof nehme ich zum oben genannten Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Fragen des Ausschusses wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen

Schiedsstellen gehören zu den in Deutschland ältesten Institutionen der vorgerichtlichen Streitschlichtung. Sie ermöglichen Schlichtungsverfahren, um Streitigkeiten des täglichen Lebens auf zeitnahe und kostengünstige Weise zu beenden. Die Schlichtungsverfahren führen die Schiedsstellen auf Grundlage des Thüringer Schiedsstellengesetzes (ThürSchStG) in Verbindung mit der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Justiz und Europaangelegenheiten und des Thüringer Innenministeriums<sup>1</sup> durch.

Zur Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen besteht die Aufgabe der Schiedsperson darin, festgefahrene Konfliktsituationen und verhärtete Fronten durch Verhandlungsgeschick aufzubrechen und dadurch Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zivilrechtlicher und strafrechtlicher Art zu schlichten. Daher gilt der Grundsatz „Schlichten ist besser als Richten“.

---

<sup>1</sup> Durchführung des Thüringer Gesetzes über die Schiedsstellen in den Gemeinden (Df-ThürSchStG) – Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Justiz und Europaangelegenheiten und des Thüringer Innenministeriums vom 17. Dezember 1996 (JMBL 1997, S. 10), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 5. Dezember 2017 (JMBL 2018, S. 1).

## Erstes Gesetz zur Änderung des ThürSchStG

Der Gesetzentwurf sieht im Wesentlichen folgende Anpassungen vor:

Die sachliche Zuständigkeit in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten (§ 13 ThürSchStG) soll dergestalt erweitert werden, dass neben vermögensrechtlichen Ansprüchen auch nichtvermögensrechtliche Ansprüche aus dem Nachbarrecht und wegen Verletzung der persönlichen Ehre in den Anwendungsbereich aufgenommen werden. Mit Blick auf die Ehrverletzung weiterhin ausgenommen bleiben sollen aber Ansprüche, die sich gegen die mediale Berichterstattung richten.

Die Ausschließung von Schiedspersonen von der Ausübung ihres Amts soll auch auf Angelegenheiten von Lebenspartnern erstreckt werden (§ 17 Nr. 2 ThürSchStG). Die maximale Höhe des für den Fall eines unentschuldigten Nichterscheins zum Termin vorgesehenen Ordnungsgeldes soll von bisher 25 EUR auf 100 EUR angehoben werden, § 24 Abs. 2 ThürSchStG.

Ferner sollen künftig die Vertretung einer natürlichen Person in der Schlichtungsverhandlung durch einen Bevollmächtigten zulässig sein und die Gebührensätze für das Schlichtungsverfahren mit Blick auf das gestiegene Einkommens- und Preisniveau moderat erhöht werden. Hierbei ist geplant, die Gebühr für das Schlichtungsverfahren von bisher zehn EUR auf 20 EUR und bei einem Vergleich von bisher 20 EUR auf 40 EUR anzuheben. Die Gebühr für schwierige Fälle soll künftig höchstens 50 EUR, statt 35 EUR betragen.

## Bewertung

Der Rechnungshof hat keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen inhaltlichen Änderungen. Die Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit der Schiedsstellen wird ausdrücklich begrüßt.

Der Rechnungshof hält die Erhöhung der Gebühren für angemessen.

Ausweislich der Gesetzesbegründung wurde im Anhörungsverfahren zum Referentenentwurf eine obligatorische Streitschlichtung angeregt, die jedoch nicht aufgegriffen wurde:

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung<sup>2</sup> den § 15 a in das Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (EGZPO)<sup>3</sup> eingefügt. Damit wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, grundsätzlich bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis 750 EUR vor den Amtsgerichten, bestimmten Nachbarstreitigkeiten und bestimmten Streitigkeiten über Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre, die nicht in Presse und Rundfunk begangen wurden, ein obligatorisches Schlichtungsverfahren als Prozessvoraussetzung einzuführen. Eine Klageerhebung ist erst zulässig,

---

<sup>2</sup> Gesetz zur Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung vom 15. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2400).

<sup>3</sup> Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (EGZPO) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328).

nachdem von einer Schiedsstelle versucht worden ist, die Streitigkeit einvernehmlich beizulegen. Während zahlreiche Länder die obligatorische Streitschlichtung eingeführt haben, hat sich Thüringen dagegen entschieden.

In der Gesetzesbegründung<sup>4</sup> argumentiert die Landesregierung, dass es kleineren Gemeinden immer wieder Schwierigkeiten bereite, Bürger für die ehrenamtliche Tätigkeit als Schiedsperson zu gewinnen. Im Fall einer Vakanz bestünde die Gefahr, dass die Möglichkeit der Klageerhebung gehindert wäre, gleichzeitig aber das Schlichtungsverfahren sich bis zur Besetzung der Schiedsstelle verzögern würde. Überdies sei der Geschäftsanfall in Zivilsachen seit Jahren deutlich rückläufig, sodass zusätzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Eingangszahlen aktuell nicht dringlich erscheinen.

Mit der Einführung einer obligatorischen Streitschlichtung könnten eine einvernehmliche Lösungsfindung gestärkt und die Zivilgerichte, insbesondere die Amtsgerichte, entlastet werden. Auch wenn die Verfahrenseingänge in Zivilsachen rückläufig sind, so dauern die Gerichtsverfahren erheblich länger und sind für die Bürger kostenintensiver als eine Erledigung durch ein Schlichtungsverfahren. Zudem könnte ein weiterer Rückgang bei Verfahrenseingängen insbesondere die Richter entlasten. Auch die weitere Argumentation der Gesetzesbegründung überzeugt den Rechnungshof nicht. Da die Schiedsstellen auch für die strafrechtlich obligatorischen Sühneverfahren zuständig sind, besteht für die Gemeinden ohnehin die Pflicht, eine Schiedsstelle einzurichten. Der Rechnungshof bedauert daher, dass die Landesregierung nicht die Chance nutzt, die obligatorische Vorschaltung der Schiedsstellen gemäß § 15 a EGZPO einzuführen. Dies hätte zu einer Förderung und Aufwertung der außergerichtlichen Konfliktbeilegung sowie einer damit einhergehenden weiteren Entlastung der Gerichte und des Justizhaushalts führen können.

#### Zu den vom Ausschuss gestellten Fragen

##### **zu 1.)**

**Inwiefern sind Schiedsstellen ein sinnvolles Angebot, um Gerichte und Anwaltschaft zu entlasten, vor allem um Konfliktlösungen statt in „streitiger“ in einvernehmlicher Form mit längerfristigen positiven Wirkungen zu finden?**

Im Vorfeld eines gerichtlichen Verfahrens können Streitigkeiten auch einvernehmlich gelöst werden. Eine außergerichtliche Schlichtung stellt nicht nur Rechtsfrieden her, sondern entlastet auch die Gerichte. Der Rechnungshof befürwortet die Schiedsstellen als sinnvolles Angebot und weist auf seine Ausführungen zur obligatorischen Streitschlichtung gemäß § 15 a EGZPO hin.

---

<sup>4</sup> Drs. 7/3340, Begründung, S. 8.

zu 2.)

**Wie ist der derzeitige Verwaltungsaufwand zu bewerten, den Schiedspersonen derzeit in Thüringen in ihrer Funktion zu erledigen haben? Welche Unterstützung (z. B. Beratungsangebote/Schulungen) erhalten Schiedspersonen für die Erledigung ihrer Aufgaben und inwiefern wäre der Ausbau dieser Unterstützungsangebote sinnvoll?**

Dem Rechnungshof liegen mangels Prüfung der Schiedsstellen im Allgemeinen und zum Verwaltungsaufwand der Schiedspersonen im Besonderen keine Erkenntnisse vor.

Dies vorausgeschickt, weist er darauf hin, dass die Schiedsperson nach Bedarf an mindestens einem Werktag jeder Woche Sprechstunden (Sprechzeiten nach Terminvereinbarung) anbieten soll, vgl. Nr. 1.2.8 DfThürSchStG.

Da es sich bei den Schiedspersonen in der Regel um juristische Laien handelt, ist eine Aus- und Fortbildung für die Ausübung des Amts unbedingt erforderlich. Der Rechnungshof hält Unterstützungsangebote für die Aufgabenerledigung der Schiedspersonen für notwendig. Der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. bietet für die Schiedspersonen spezielle Seminare in Thüringen an, insbesondere einen Einführungslehrgang sowie Fortbildungslehrgänge zum Zivilrecht, zum Strafrecht, zum Nachbarrecht und zur Mediation.

Der Homepage des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. ist zu entnehmen, dass z. B. im Herbst 2021 ein Einführungs- und Vertiefungslehrgang sowie ein Fortbildungslehrgang Nachbarrecht in Thüringen geplant sind.

Der Rechnungshof begrüßt die Schulungsangebote, die gezielt für die Aufgabenerledigung der Schiedspersonen konzipiert sind. Ob ein Ausbau der Angebote erforderlich ist, kann der Rechnungshof nicht beurteilen.

zu 3.)

**Inwiefern ist die Entschädigung bzw. der finanzielle Ausgleich, den Schiedspersonen derzeit in Thüringen erhalten, angemessen und wie ist die Tauglichkeit des derzeitigen Finanzierungssystems der Schiedsstellen zu bewerten?**

Die Gemeinden haben die Sachkosten der Schiedsstellen zu tragen. Dazu gehören:

- die Bereitstellung eines Raums und seine Ausstattung,
- die Beschaffung der vom Schiedsamt benötigten amtlichen Bücher, der Formulare und des Dienstsiegels,
- die Kosten für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungslehrgängen,
- die Beschaffung von Fachliteratur,
- der Bezug der Schiedsamszeitung,
- der Mitgliedsbeitrag für die Zentralorganisation.

Die Gebühren der Schiedsstellen stehen zu gleichen Teilen der Schiedsperson und der Gemeinde zu. Daneben erhält die Gemeinde Ersatz für ihre baren Auslagen sowie die Ordnungsgelder.

Die Schiedspersonen sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten die anteiligen Gebühren sowie eine Erstattung ihrer Auslagen. Die moderate Steigerung der Gebühren wertet die Tätigkeit der Schiedsstellen auf. Der Rechnungshof hält die Gebührenaufteilung für einen angemessenen und tauglichen Interessenausgleich zwischen Gemeinde und Schiedsperson.

**zu 4.)**

**Inwiefern ist es notwendig bzw. sinnvoll, die Arbeit der Schiedsstellen in der Öffentlichkeit noch bekannter zu machen? Wenn ja, in welcher Form sollte dies geschehen?**

In Thüringen gibt es gegenwärtig etwa 210 Schiedsstellen. 2020 haben diese 137 zivilgerichtliche Streitigkeiten begleitet. Die Verfahrenszahlen und die Anzahl der Schiedsstellen sind in den letzten Jahren gesunken. Die Durchschnittszahl für bürgerliche Rechtsangelegenheiten lag im vergangenen Jahrzehnt bei rund einem Verfahren pro Schiedsstelle im Jahr. Die Erfolgsquoten der Schiedsstellen sind dagegen hoch. Gemäß Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. liegt die Schlichtungsquote über 50 Prozent.

Der Rechnungshof begrüßt die Institution der Schiedsstellen als Einrichtung zur Erhaltung und Wahrung des Rechtsfriedens zwischen den streitenden Parteien. Ihre friedensstiftende Tätigkeit hat sich bewährt und sollte beibehalten werden. Sie bietet die Möglichkeit eines unbürokratischen, schnellen und kostengünstigen Verfahrensabschlusses. Der Rechnungshof hält aufgrund dieser Vorteile eine Steigerung der Verfahrenszahlen durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für erstrebenswert.

Die Schiedsstelle ist jedoch nach Einschätzung des Rechnungshofs in der Bevölkerung wenig bekannt. Er hält eine bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit durch die Gemeinde und die Schiedsperson für sinnvoll (z. B. Bekanntgabe der Schiedsstelle oder einer neuen Schiedsperson über eine kostenfreie Anzeige im Stadt-/Gemeindeanzeiger durch die Gemeinde; Präsentation auf der Internetseite der Gemeinde, Merkblätter bzw. Flyer der Schiedsstelle). Ferner sollten auch die Erfolgsquoten und die damit verbundenen vergleichsweise niedrigen Gebühren besser publik gemacht werden.



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Beratung und Aufsicht bei Datenschutz Ombudsstelle für Informationsfreiheit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Ergänzung von § 13 Satz 2 Thür. Schiedsstellengesetz - Entwurf um einen weiteren Ausnahmefall bestehend.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 7.9.2021	



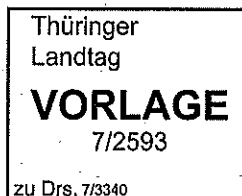
**Thüringer Landesbeauftragter**  
für den **Datenschutz** und die **Informationsfreiheit**



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Migration,  
Justiz und Verbraucherschutz  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt



AZ:

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Ihre Nachricht vom :  
Ihr Zeichen :  
Bearbeiter/in:  
Telefon : +49 (361) 57-3112900  
Erfurt, den : 7. September 2021

**Bitte des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz um Äu-  
ßerung gemäß § 112 Abs. 4 GO  
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrte Frau  
sehr geehrte Frau

für die Möglichkeit, sich im schriftlichen Anhörungsverfahren gem. § 112 Abs. 4 der  
Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GO) äußern zu dürfen, bedankt sich  
der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
(TLfDI).

Zu dem übersandten Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer  
Schiedsstellengesetzes“ - Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache  
7/3340) - ist aus datenschutzrechtlicher Sicht Folgendes zu erinnern:

In Artikel 1 § 13 Satz 2 Thüringer Schiedsstellengesetz-Entwurf (ThürSchstG-E) sol-  
len künftig die Ausnahmen aufgeführt werden, in welchen das Schlichtungsverfah-  
ren keine Anwendung finden soll. In der Begründung zu Artikel 1 § 13 Satz 1  
ThürSchstG-E (Seite 10 Mitte der Drucksache 7/3340) finden sich die folgenden  
Ausführungen, warum das Schlichtungsverfahren in bestimmten rechtlichen Ange-  
legenheiten nicht zur Anwendung kommen soll:

*„Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre beziehen sich auf alle in den  
§§ 185 bis 193 des Strafgesetzbuchs unter Strafe gestellten Ehrverletzungen (Be-  
leidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Verunglimpfung) im weiteren Sinne, erfas-*

Postanschrift: Postfach 900455  
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900

E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

**sen aber nicht alle sonstigen Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Neben dem Recht der Ehre fallen unter das allgemeine Persönlichkeitsrecht etwa auch das Recht am eigenen Bild, am eigenen Namen am gesprochenen oder geschriebenen Wort, das Recht auf Schutz der Privat-, Geheim- und Intimsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Anders als Ehrverletzungen, die vorwiegend von strafrechtlichen Würdigungen geprägt sind, deren Bewertung bereits nach geltendem Recht im Rahmen des Sühneverfahrens (§ 380 Abs. 1 Satz 1 StPO) den Schiedspersonen obliegt, zeichnen sich sonstige Persönlichkeitsverletzungen durch komplexe rechtliche Wertungen aus und erscheinen für das Schlichtungsverfahren daher ungeeignet.“**

Diese rechtliche Einschätzung teilt der TLfDI uneingeschränkt. Da die Gesetzesbegründung zu Art. 1 § 13 Satz 2 ThürSchstG-E aber später für die Rechtsanwenderin / den Rechtsanwender nicht zur Verfügung stehen wird, empfiehlt der TLfDI zu prüfen, inwieweit nicht mittels einer weiteren, fünften Ausnahmeregelung in § 13 Satz 2 ThürSchstG-E den oben zitierten Überlegungen Rechnung getragen werden kann. Ein anzufügender § 13 Satz 2 Nr. 5 ThürSchstG-E könnte z. B. folgenden Wortlaut erhalten:

**„5. Verletzungen der persönlichen Ehre das Recht am eigenen Bild, am eigenen Namen, am gesprochenen oder geschriebenen Wort oder das Recht auf Schutz der Privat-, Geheim- und Intimsphäre oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betreffen.“**

Bitte nehmen Sie das beiliegende Merkblatt mit den Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim TLfDI zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: - Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG

## Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI  
Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt  
Tel.: +49 (361) 57-3112900  
Mail: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)<sup>1</sup>

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG<sup>2</sup> i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhalts-Informationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.  
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.  
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch\*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI<sup>3</sup> bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:  
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: [datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de](mailto:datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de)
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.  
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.<sup>2</sup>

**\*Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

<sup>1</sup> verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

<sup>2</sup> Nur für den nichtöffentlichen Bereich

<sup>3</sup> Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/3340		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Oberlandesgericht	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rathenaustraße 13
	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
1. Gesetz zur Änd. d. Thür. Schiedssetzungsgesetz	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Amtsgericht Suhl
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Hörsingstraße 1
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
	98527 Suhl
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)
	Name
	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Rechtsprechung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte (Kernaussage)</b> Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Diese vorläufige Stellungnahme	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
30. 8. 2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> <b>Gesetzentwurf der Landesregierung</b> <b>- Drucksache 7/3340 -</b>											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>AG Sonneck</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heide Marktstraße 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>96515 Sonneck</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		AG Sonneck	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heide Marktstraße 2	Postleitzahl, Ort	96515 Sonneck
	Name	Organisationsform									
		AG Sonneck									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heide Marktstraße 2									
Postleitzahl, Ort	96515 Sonneck										
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddok.)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>St. Ing. 04.10.2021</i>	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1/2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Amtsgericht Bad Salzungen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Kirchplatz 6-8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>36433 Bad Salzungen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Amtsgericht Bad Salzungen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kirchplatz 6-8	Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen
	Name	Organisationsform									
	Amtsgericht Bad Salzungen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kirchplatz 6-8										
Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen										
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1/2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gerichtliche Tätigkeit	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bad Salzungen, 13.08.21	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG. (Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>LG Meiningen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Landesallee 15</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>98617 Meiningen</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LG Meiningen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesallee 15	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	98617 Meiningen	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		LG Meiningen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesallee 15									
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	98617 Meiningen										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Vinprivatist des Landgericht, Künigsh</i>	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thür. Schadenersatzgesetzwird abgelehnt.</i>	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 3 Abs. 1 Satz 2 ThürBereidG)	
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen  
in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des  
Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mün., 06. Okt. 2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Beteteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes - Drucksache 7/13240 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landgericht Mühlhausen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Landgericht Mühlhausen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Eisenacher Straße 41</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99974 Mühlhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landgericht Mühlhausen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landgericht Mühlhausen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eisenacher Straße 41	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
Name	Organisationsform										
	Landgericht Mühlhausen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landgericht Mühlhausen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eisenacher Straße 41										
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vorsitzender einer Berufungskammer im Zivilrecht, Vizepräsident des Landgerichts	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Opf. Stellungnahme vom 02.07.2021 und vom 07.10.2021	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldok)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mühlhausen, den 7.10.2021	



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Amtsgericht Hildburghausen Johann-Sebastian-Bach-Str. 2 98646 Hildburghausen für PF 12 60</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>08642 Hildburghausen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Amtsgericht Hildburghausen Johann-Sebastian-Bach-Str. 2 98646 Hildburghausen für PF 12 60	Geschäfts- oder Dienstadresse	08642 Hildburghausen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Amtsgericht Hildburghausen Johann-Sebastian-Bach-Str. 2 98646 Hildburghausen für PF 12 60									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	08642 Hildburghausen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Dichterin, Direktorin des Amtsgerichts	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> Nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Auforderung und Stellungnahme erfolgten auf dem Dienstweg über Land- und Oberlandesgericht	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, soweit im Schreiben des Oberlandesgerichts enthalten	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildburghausen, 01.10.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td> <b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.</b>            Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt            Tel. (0361) 2 20 50 - 0            Fax (0361) 2 20 50 - 50         </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	<b>Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunale Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Ablehnung § 28 (Ausdehnung der Vertikals) Zustimmung Kostenhöhung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 03/09/2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Verbraucherzentrale Thüringen</td> <td style="border: none;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Geschäftsstelle</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Eugen-Richke-Straße 45</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verbraucherzentrale Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richke-Straße 45	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Verbraucherzentrale Thüringen	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richke-Straße 45									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Verbraucherberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Soweit wir betroffen sind und uns Kompetenz äußern können, begrüßen wir die vorgeschlagenen Änderungen. Die erhöhten Gebühren sehen wir als gerade noch angemessen an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.9.2021	

Verbraucherzentrale Thüringen – Eugen-Richter-Straße 45 – 99085 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt  
per e-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Geschäftsstelle

Eugen-Richter-Straße 45  
99085 Erfurt

Tel.: (0361) 555 14-0  
Fax: (0361) 555 14-40  
[Info@vzth.de](mailto:Info@vzth.de)  
[www.vzth.de](http://www.vzth.de)

Unser Zeichen

Telefon

Fax

Datum

10.09.2021

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/1503

zu Drs. 3340

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu:**

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes  
Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. bedankt sich für die ihr eingeräumte Möglichkeit, im Rahmen eines schriftlichen Anhörungsverfahrens Stellung zu dem oben bezeichneten Gesetzesentwurf zu nehmen.

Vorbemerkung:

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. selbst unterhält keine Schieds- Schlichtungs- oder Einigungsstellen. Der Verbraucherzentrale Thüringen e.V. ist es ausschließlich gestattet in Verbraucherangelegenheiten tätig zu werden. Dies bedeutet, dass sie lediglich bei Streitigkeiten zwischen einem Verbraucher bzw. einer Verbraucherin und einem Unternehmen tätig werden darf. Die Tätigkeit umfasst sowohl die rechtliche Beratung durch die Verbraucherzentrale sowie die Übernahme der Rechtsvertretung des Verbrauchers oder der Verbraucherin. Dies ergibt sich aus § 8 Abs. 1 Nr. 4 RDG i.V.m. §§ 310 Abs. 3 i.V.m. 13, 14 BGB. Das hat zur Konsequenz, dass es der Verbraucherzentrale Thüringen e.V. z.B. nicht gestattet ist, in nachbarschaftlichen Streitigkeiten tätig zu werden.

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. wird allerdings regelmäßig mit Fragen zu nachbarschaftlichen Streitigkeiten konfrontiert. Verbraucher:innen wenden sich an die Verbraucherzentrale und bitten um Rat. Auch wenn sie hier nicht beratend tätig werden darf, äußern die Verbraucher:innen oft, dass sie bei nachbarschaftlichen Streitigkeiten ungern den Gerichtsweg bestreiten wollen. Es bedarf anderer Möglichkeiten, diese Konflikte zu lösen. Die Einschaltung einer Schiedsstelle, die auf niederschwelliger Ebene versucht, den Konflikt zu lösen, ist hier ein notwendiger Weg. Die Nachbarn müssen ja auch nach Ende der Streitigkeit weiter miteinander auskommen.

Im Folgenden soll auf die einzelnen Vorschriften eingegangen werden:

### **§ 13 Schiedsstellengesetz n.F.**

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. begrüßt ausdrücklich die Erweiterung des Anwendungsbereiches. Sie sieht es als positiv an, dass künftig die Zuständigkeit für alle vermögensrechtliche Ansprüche eröffnet werden soll. Auch sie sieht die bisherige Einschränkung nicht als sachgerecht an.

Sie begrüßt, dass künftig die sachliche Zuständigkeit künftig auch für nichtvermögensrechtliche Ansprüche eröffnet werden soll, soweit diese aus dem Nachbarrecht oder aus der Verletzung der persönlichen Ehre herrühren. Zwar darf die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. nicht zu nachbarschaftlichen Streitigkeiten beraten. Sie sieht nichtsdestotrotz die Notwendigkeit, eine Möglichkeit zu haben, für solche Fälle eine Schiedsstelle einschalten zu können. Die betroffenen Personen sollen auf diese Art die Möglichkeit erhalten, den Konflikt – unter Einschaltung einer Schiedsstelle – zu lösen. Unter dem Gesichtspunkt, dass Nachbarn nach einem Streit weiter miteinander auskommen müssen, erscheint die Möglichkeit, ein Schiedsstellenverfahren zu betreiben sinnvoller, als den Gerichtsweg zu beschreiten.

Die Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Gesetzes in § 13 Satz 2 Schiedsstellengesetz n.F. hält die Verbraucherzentrale durchaus für angemessen.

#### **§ 24 Abs. 2 Schiedsstellengesetz n.F.**

Die Erhöhung des Ordnungsgeldes auf 100 Euro hält die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. ebenfalls für angemessen.

#### **§ 28 Schiedsstellengesetz n.F.**

Die Vertretung von natürlichen Personen in der Schlichtungsverhandlung ist, unter dem Gesichtspunkt der Aufklärung und des Findens eines Vergleiches, durchaus als kritisch anzusehen. Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. sieht es unter diesem Aspekt als sinnvoll an, eine Vertretung zu untersagen.

Natürlich muss es von diesem Grundsatz Ausnahmen geben. So ist es notwendig, dass der gesetzliche Vertreter der natürlichen Person diese im Verfahren vertreten kann. Auch die Regelung in § 28 Satz 1 Nr. 2 Schiedsstellengesetz n.F. sieht die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. als angemessen an.

#### **§ 50 Schiedsstellengesetz n.F.**

Eine Erhöhung von Gebühren muss immer sorgfältig überlegt werden. Der Vorteil des Schiedsstellengesetzes ist, dass Verbraucher:innen die Schlichtung niederschwellig und kostengünstig durchlaufen können. Die erhöhten Gebühren sieht die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. als gerade noch angemessen an.

Im Weiteren soll auf die Fragen eingegangen werden – soweit die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. diese beantworten kann.

#### **Frage 1**

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. hält Schiedsstellen für ein sinnvolles Angebot. Sie sieht sie als ein niederschwelliges und kostengünstiges Angebot um Streitigkeiten zügig lösen zu können. Eine Entlastung der Gerichte liegt nach ihrer Ansicht vor. Ob eine Entlastung der Anwaltschaft eintritt kann sie nicht einschätzen, da bei Führung der gerichtlichen Verfahren oftmals nicht die Notwendigkeit besteht, einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. sieht auch die Chancen, im Wege eines Schlichtungsverfahrens eine einvernehmliche Lösung zu

Seite 4 von 4 Seiten des Schreibens vom 09.09.2021

finden für größer an, als im Wege eines gerichtlichen Verfahrens. Notwendig ist allerdings, dass die Schiedspersonen eine gute Ausbildung im Zusammenhang mit Streitschlichtung haben.

### **Fragen 2 und 3**

Zu den Fragen 2 und 3 können wir uns nicht äußern. Bei der Frage zur Höhe des finanziellen Ausgleichs für Schiedspersonen muss aber aus Sicht der Verbraucherzentrale Thüringen e.V. mitberücksichtigt werden, dass die Tätigkeit der Schiedsperson an sich ehrenamtlich ist.

### **Frage 4**

Die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. hält es für notwendig, die Arbeit der Schiedsstellen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Nach unserem Eindruck kennt die Schiedsstellen nur ein Teil der Bevölkerung. Außerdem wissen – nach Eindruck der Verbraucherzentrale Thüringen e.V. – nur Teile der Bevölkerung, in welchen Bereichen die Schiedsstellen tätig werden können. Eine bessere Bekanntmachung erscheint deshalb als wichtig und nötig. Der Thüringer Beirat für alternative Konfliktlösungen und die darin vertretenen Organisationen sollten ihre jeweiligen Kanäle dafür nutzen, um die Thematik in die Öffentlichkeit zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
1	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Rechtsanwalt/Kanzlei Thüringen</td> <td>K d ö R</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Bahnhofstr. 46</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFTURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Rechtsanwalt/Kanzlei Thüringen	K d ö R	Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstr. 46	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 ERFTURT
	Name	Organisationsform									
	Rechtsanwalt/Kanzlei Thüringen	K d ö R									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstr. 46									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFTURT										
2. Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>											
3	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Auftritt über Rechtsanwaltschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	s. laut	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Geb. 4. 21.01.21	





Rechtsanwaltskammer Thüringen · Bahnhofstraße 46 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Rechtsanwaltskammer Thüringen

Bahnhofstraße 46  
99084 Erfurt

Telefon:  
Telefax:

E-Mail:  
Internet:

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/1518

zu Drs. 7/3340

Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum  
09.09.2021

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages;  
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrte Frau

der Thüringer Beirat für alternative Konfliktlösungen bedankt sich für die Möglichkeit, zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes Stellung nehmen zu können. Der Thüringer Schlichtungsbeirat, wie wir uns nunmehr kurz nennen, ist eine Kooperation aus folgenden Mitgliedern:

- Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern,
- Architektenkammer Thüringen,
- Ingenieurkammer Thüringen,
- Industrie- und Handelskammer Erfurt,
- Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera,
- Industrie- und Handelskammer Südthüringen,
- Notarkammer Thüringen,
- Oberlandesgericht Thüringen,
- Rechtsanwaltskammer Thüringen,
- Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz,
- Steuerberaterkammer Thüringen,
- Verbraucherzentrale Thüringen,
- Wissenschaftlicher Berater: Prof. Reinhard Greger.

Der Zweck der Zusammenarbeit im Schlichtungsbeirat besteht einzig in der Bekanntmachung der Wege und Möglichkeiten der alternativen Streitbeilegung in Thüringen. Die Kooperation führt daher jährlich eine Multiplikatorenveranstaltung durch und befördert das Thema auf die verschiedenste Art und Weise, beispielsweise durch eine eigene Website () mit der Möglichkeit für Anbieter, sich dort listen zu lassen.

Streitlösungen selbst führt die Kooperation nicht durch; das obliegt deren Mitgliedern in deren jeweils spezifischen Bereichen selbst. Jede Körperschaft verfügt hier über ihren eigenen Instrumentarien. Insofern liegt dem Beirat keinerlei statistisches Material über die Anzahl der Nutzung der Schiedsstellen bzw. anderer Streitlösungsstellen vor. Ebenso kann diesselts keine Auskunft über deren Kosten gegeben werden.

Der Schlichtungsbeirat benennt bei Anfragen die für den jeweiligen Streit geeigneten Streitlösungsmethoden und Anbieter. Sehr oft werden dabei Schiedsstellen angefragt. Insofern begrüßt der Beirat alle Regelungen, die einerseits einen schnellen, unkomplizierten Zugang zu den Schiedsstellen und andererseits deren flächendeckende Präsenz ermöglichen.

Die Schiedsstellen schlichten, an eine Mediation werden hingegen ganz andere Anforderungen gestellt, so dass beide Methoden nicht beliebig austauschbar sind bzw. die Mediation eine Schlichtung nicht ersetzen, wohl aber ergänzen kann. Infolge der Ortsnähe, oft der Bekanntheit der Parteien mit dem Schiedsrichter hat die kommunale Schiedsstelle ihren eigenen wichtigen Platz im Gefüge der alternativen Streitbeilegung.

Es sollte jedoch zwingend Sorge dafür getragen werden, dass die Schiedsleute einer regelmäßigen qualifizierten Anleitung unterliegen, dies insbesondere auch unter dem Blickwinkel der vorgeschlagenen Aufgabenerweiterung, die wir vor diesem Hintergrund eher kritisch sehen.

„Ersatzgerichte“ mit juristisch nicht geschultem Personal sollten unbedingt vermieden werden. Insofern sollte die Erweiterung genau bedacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecher des  
Thüringer Schlichtungsbeirates

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bündnis Konfliktlösung 40 IHK Dresden</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Langer Weg 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>01239 Dresden</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bündnis Konfliktlösung 40 IHK Dresden		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langer Weg 4	Postleitzahl, Ort	01239 Dresden
	Name	Organisationsform									
	Bündnis Konfliktlösung 40 IHK Dresden										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langer Weg 4									
Postleitzahl, Ort	01239 Dresden										
Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

*Nein!*

*Nein!*

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	} weder - noch
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Verweis auf die Stellungnahmemöglichkeit Thüringer Organisationen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dresden 21.09.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"> <b>Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS) e.V.</b>  <b>Postfach 100452 · 44704 Bochum</b>  <b>Tel.: 02 34/58 89 70-Fax:02 34/58 89 719</b> </td> <td style="border: none; text-align: center; vertical-align: middle;"> <b>e.V.</b> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS) e.V.</b> <b>Postfach 100452 · 44704 Bochum</b> <b>Tel.: 02 34/58 89 70-Fax:02 34/58 89 719</b>	<b>e.V.</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	<b>Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS) e.V.</b> <b>Postfach 100452 · 44704 Bochum</b> <b>Tel.: 02 34/58 89 70-Fax:02 34/58 89 719</b>	<b>e.V.</b>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Aus- und Fortbildungen von Schuldspersonen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	S. Anh.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bochum, 24.9.2021	Hauptgeschäftsführer

Bund Deutscher Schiedsmänner  
und Schiedsfrauen (BDS) e.V.  
Postfach 100 452, 44704 Bochum





Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. - BDS -  
Postfach 10 04 52 · 44704 Bochum

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
z.H. Frau Ministerialrätin Christiane Ruffert  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

**BDS**

- Die Bundesvorsitzende
- Die Vorsitzende der Landesvereinigung Thüringen
- Der Beauftragte für Gesetzgebung und Verwaltungsvorschriften

Ihre Nachricht vom 27.07.2021  
Ihr Zeichen Drs. 7/3340

Bochum, den 24.09.2021  
Aktenzeichen

**Anhörungsverfahren gemäß § 79v der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages  
zum Beratungsgegenstand**

**1. Gesetz zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes  
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3340 -**

**hier: Ihr Schreiben vom 27.07.2021**

Anlagen: Unsere Schreiben vom 18.02. und 10.08.2020, Übersicht

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Ruffert,

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/1528

zu Drs. 7/3340

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 27. Juli 2021 danken wir für die Übersendung des aktuellen Entwurfes des Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Wiederum gemeinsam für die Bundes- und Landesvereinigung nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir bedauern, dass nach dem derzeitigen Stand der Überlegungen von der Umsetzung des § 15a EGZPO durch Einführung eines Landesschlichtungsgesetzes kein Gebrauch gemacht werden soll. Die im Entwurf insoweit vorgetragenen Argumente überzeugen unseres Erachtens nicht.

Durch die Einführung der obligatorischen Streitschlichtung wäre auch den Bürgern des Landes Thüringen der Weg zu einer anderen Form der Konfliktbeilegung eröffnet.

Postanschrift:  
Bund Deutscher Schiedsmänner  
und Schiedsfrauen e. V. -BDS-  
Postfach 10 04 52  
44704 Bochum  
Geschäftsstelle / Lieferanschrift  
Prüfungsstraße 2  
44767 Bochum

Kommunikation:  
Telefon: 0234 / 588 97 0  
Telefax: 0234 / 588 97 19  
Email: info@bds-ev.de  
Internet: www.schiedsamt.de

Vorstand:

(Vorsitzende)

Gerade im Nachbarrecht wird durch ein Urteil eines Gerichts der Graben zwischen den streitenden Nachbarn vertieft. Ein Urteil sorgt insoweit möglicherweise für Rechtsklarheit, kann jedoch den Konflikt der Streitparteien nicht entschärfen, sondern verfestigt ihn. Denn das Gericht kann lediglich aufgrund der Rechtslage, der zu subsumierenden objektiven Tatbestandsmerkmale, zu einer Entscheidung kommen; durch diese Entscheidung sind die Parteien zudem fremdbestimmt.

Bei Umsetzung des § 15a EGZPO durch Einführung der obligatorischen Streitschlichtung auch in Thüringen hätten die streitenden Nachbarn die Möglichkeit, bei der Schiedsstelle ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse vorzutragen, die zu diesem speziellen Konflikt geführt haben. Mithilfe der Schiedsperson könnten sie selbstbestimmt eine individuelle Lösung finden, die ihren Konflikt beseitigt, jedenfalls aber abmildert. Der Konflikt wird nicht »vertieft oder betoniert«, eine Delegation des Konfliktes nur auf das System der Gesetze findet nicht statt. Die Schiedsstellen bieten also eine Form der Konfliktschlichtung an, die ein Gericht in dieser Form nicht bieten kann.

So hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 81,242, 254) ausgeführt: »Auf der Grundlage der Privatautonomie, die Strukturelement einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist, gestalten die Vertragspartner ihre Rechtsbeziehungen eigenverantwortlich. Sie bestimmen selbst, wie ihre gegenläufigen Interessen angemessen auszugleichen sind, und verfügen damit über ihre grundrechtlich geschützten Positionen ohne staatlichen Zwang. Der Staat hat die im Rahmen der Privatautonomie getroffenen Regelungen grundsätzlich zu akzeptieren«. Und an anderer Stelle (BVerfG NJW-RR 2007, 1073, 1074) führt das Bundesverfassungsgericht aus: Führt die außergerichtliche Streitbeilegung »zu Lösungen, die in der Rechtsordnung so nicht vorgesehen sind, die von den Betroffenen aber - wie der Konsens zeigt - als gerecht empfunden werden, dann deutet auch dies auf eine befriedigende Bewältigung des Konflikts hin. Eine zunächst streitige Problemlage durch eine einverständliche Lösung zu bewältigen, ist auch in einem Rechtsstaat grundsätzlich vorzugswürdig gegenüber einer richterlichen Streitschlichtung«. Diese Ausführungen machen deutlich, dass die vor- und außergerichtliche Streitschlichtung bei der Schiedsstelle den Bürgern gegenüber einer Streitentscheidung durch ein Gericht Vorteile bringt und vorzugswürdig ist. Die Umsetzung des § 15a EGZPO auch in Thüringen könnte diese Vorteile für die Bürger des Landes Thüringen auf eine breitere Basis stellen.

Die im Entwurf angeführten Gegenargumente, in kleineren Gemeinden würde es immer wieder Schwierigkeiten machen, Bürger für die ehrenamtliche Tätigkeit als Schiedsperson zu gewinnen, trifft nach unseren Kenntnissen nicht zu. Dabei ist die Einrichtung der Schiedsstellen ohnehin eine Pflichtaufgabe für die Gemeinden; zum anderen ist auch wegen § 380 StPO die Besetzung der Schiedsstellen zwingend erforderlich. Es auch nicht zutreffend, dass der Bürger im Falle einer Vakanz - und insoweit ergänzen wir: im Falle eines lang andauernden obligatorischen Schlichtungsverfahrens - an der Klageerhebung gehindert wäre: denn § 15a EGZPO sieht in Abs. 1 S. 3 ausdrücklich vor, dass der antragstellenden Partei die Erfolglosigkeitsbescheinigung zur dadurch zulässigen Erhebung der Klage bei Gericht auf Antrag auch auszustellen sei, wenn binnen einer Frist von drei Monaten das beantragte Einigungsverfahren nicht durchgeführt (im Sinne von beendet) worden ist.

Im Übrigen weisen wir auf die Ausführungen in unserem Schreiben vom 18.2.2020 hin (in der Anlage noch einmal beigelegt).

Soweit im vorliegenden Entwurf im § 13 unter 2. die Begrifflichkeit »Familiensache« konkretisiert wurde, wird dies von hier aus als positiv befürwortet.

3

Die hier zur Diskussion gestellte Neufassung des § 28, insbesondere Ziffer 2, ist im Hinblick auf die oben dargestellte Suche nach vergleichweisen Lösungen unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der am Konflikt beteiligten Parteien schwierig; nur die Parteien selbst und in der Regel nicht ihre Vertreter sind in der Lage, die Emotionen, Interessen und Bedürfnisse zu schildern. Ein Konflikt hat neben der Sachebene immer auch eine emotionale Ebene, die den gewillkürten Vertretern in der Regel gar nicht oder nur unzureichend bekannt ist. Im Gegensatz zum Entwurf der Begründung halten wir bei Teilnahme einer stark emotionalisierten Partei an der Schlichtungsverhandlung die Möglichkeit, dass die »Pflanze des Verständnisses« bei der Gegenpartei zu wachsen beginnt als Grundvoraussetzung für eine vergleichsweise Lösung des Konfliktes für sehr groß.

Auf der anderen Seite mag es vereinzelte Ausnahmefälle geben, in denen eine gewillkürte Vertretung erforderlich ist. Insoweit schlagen wir eine Ergänzung um den Passus »Ist das persönliche Erscheinen angeordnet, was regelmäßig erfolgen soll, müssen außer der Vertreterin oder dem Vertreter auch die Parteien selbst erscheinen«. Eine solche Regelung existiert z.B. im hessischen Schiedsamtsgesetz bzw. den VV.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 10. August 2020, die wir ebenfalls noch einmal als Anlage beigefügt haben.

Die von den Ausschussmitgliedern gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

Zu 1.

Die Entlastung der Gerichte bzw. Anwaltschaft erfolgt mindestens in dem Umfang der vor den Schiedsstellen geschlichteten Fälle. Da die Parteien gemeinsam an der Streitschlichtung mitarbeiten und durch den selbstbestimmten Vergleichsschluss das Ergebnis akzeptieren, ist der befriedende Erfolg sehr hoch. Ein künftiges einvernehmliches Miteinander ist sehr wahrscheinlich, insbesondere im Gegensatz zu einer streitigen Entscheidung vor Gericht. Vereinzelte Erhebungen haben zudem ergeben, dass im Falle einer scheinbar erfolglosen Streitschlichtung bei der Schiedsstelle die antragstellende Partei mit der ausgestellten Sühnebescheinigung anschließend keine Privatklage beim Amtsgericht erhoben hat. Dies belegt, dass in einzelnen Fällen auch ohne Abschluss eines Vergleiches eine Klärung stattgefunden hat, die die antragstellende Partei als so befriedigend ansieht, dass sie von der Erhebung der Privatklage - trotz der gegebenen Möglichkeit - absieht.

4

Zu 2.

Der Verwaltungsaufwand ist überschaubar und durch Laien gut zu bewältigen. Fachliche Unterstützung erhalten die Schiedspersonen u.a. durch die umfangreichen Schulungsangebote des BDS (Einführung- und Vertiefungslehrgang, Fortbildungslehrgang Strafrecht, Fortbildungslehrgang Zivilrecht, Fortbildungslehrgang Nachbarrecht, Mediation I, Mediation II, Fortbildungslehrgang »Besser schlichten - Workshop 1« und Fortbildungslehrgang »Besser schlichten - Workshop 2«, alle genannten Lehrgänge jeweils zweitägig vom Bundesverband organisiert, eintägige Lehrgänge zu verschiedenen Themen, organisiert vom Landesverband Thüringen sowie halbtägige Lehrgänge zu verschiedenen Themen, organisiert von den Bezirksvereinigungen im BDS im Land Thüringen) sowie im Rahmen der Fachaufsicht durch die Amtsgerichte.

Weitere Unterstützung erfolgt durch den BDS (z.B. Formularserver, Anleitungstexte, diverse Lehrbücher, Schiedsamszeitung).

Zu 3.

Der finanzielle Ausgleich, den die Schiedspersonen erhalten, ist angemessen. Den Schiedspersonen stehen außer der Auslagenerstattung die hälftigen vereinnahmten Verfahrensgebühren zu. Im Übrigen erhalten die Schiedspersonen meist von den Kommunen eine Dienstraumentschädigung bzw. eine Entschädigung als ehrenamtlich Tätige.

Das Finanzierungssystem als Pflichtaufgabe der Kommunen über deren Haushalte ist strukturell logisch und nachvollziehbar.

Zu 4.

Wir begrüßen generell, das Angebot der Schiedsstellen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Dies ist sowohl sinnvoll als auch notwendig. Hierdurch könnte eine deutlich höhere Inanspruchnahme erreicht werden. Weitere Veröffentlichungsmöglichkeiten wären z.B. auf den Internetseiten der Kommunen und der Justiz (Amtsgerichte, Anwaltschaft etc.), in den lokalen Medien (Amtsblatt, Kommunalen Anzeiger u.Ä.), über die Polizei, die Kontaktbereichsbeamten etc.

5

Zu 12.

Zu unserem erneuten Vorschlag zur Einführung der Obligatorik gemäß § 15a EG ZPO siehe oben.

Zu 13.

Siehe oben. Die Änderungen sind notwendig, erforderlich und sachdienlich - gegen die beabsichtigte Neufassung des § 28 unter der Ziffer 2. haben wir die o.g. Vorbehalte

Zu 14.

Aktuell besteht kein relevantes Nachwuchsproblem. In der Mehrzahl der Kommunen gibt es ausreichend geeignete Bewerber für das Ehrenamt als Schiedsperson.

Zu 15.

Das oben unter Ziffer 2 aufgeführte Schulungsangebot des BDS ist ausgewogen und zwischen Bundesverband, Landesverband und Bezirksvereinigungen abgestimmt. Die Schiedsfrauen und Schiedsmänner (Schiedspersonen) werden ausschließlich in Thüringen

– an unterschiedlichen Orten - geschult, so dass längere Anreisen für sie nicht erforderlich sind.

Zu 16.

Nach unserer Auffassung ist die menschliche Geeignetheit das wesentlichste Kriterium für eine Schiedsperson, insbesondere Kommunikationsfähigkeit, Neutralität und Allparteilichkeit, Empathie, Verhandlungsgeschick, Lebenserfahrung = der unterstützende Dritte als Streitschlichter.

Wir regen insoweit eine gewisse Schulungspflicht an, die z.B. in den Verwaltungsvorschriften normiert werden könnte. Die Anordnung einer Mindestzahl an Ausbildungsstunden halten wir für kontraproduktiv, da Zwang die Fortbildungsbereitschaft eher mindert und nicht fördert. In der Vergangenheit gab es an dem Ausbildungsinteresse der in Thüringen tätigen Schiedspersonen keinen Anlass zur Kritik.

Zu 17.

Verfahren vor der Schiedsstelle kosten in der Regel weniger als 50 EUR.

6

Zu 18.

In der Anlage fügen wir eine Übersicht bei, welche aus den für Thüringen jährlich gemeldeten Zahlen des Justizministeriums zusammengestellt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Schiedsfrau und Mediatorin  
Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher  
Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. - BDS -

Schiedsfrau  
Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

RIAG

Beauftragter für Gesetzgebung  
und Verwaltungsvorschriften



Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. - BDS -  
Postfach 10 04 52 · 44704 Bochum

Thüringer Ministerium für  
Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Postfach 90 04 62  
99107 Erfurt

**BDS**

- Die Bundesvorsitzende
- Die Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

Ihre Nachricht vom 07.07.2020  
Ihr Zeichen

Bochum, den 10.08.2020  
Aktenzeichen

**Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes**  
Anlage: Unser Schreiben vom 18.02.2020

Sehr geehrte Frau

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 07.07.2020 danken wir zunächst für die Übersendung des Entwurfs eines ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Hierzu nehmen wir wie folgt gemeinsam für die Bundes- und Landesvereinigung Stellung.

Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich lediglich auf die Umformulierung des § 13 sowie die weiteren Änderungen zum bisherigen Entwurfsstand.

Im Übrigen verweisen wir auf unser Schreiben vom 18.02.2020 (Stellungnahme zum Referentenentwurf vom 06.12.2019, siehe Anlage) und die darin gemachten weiteren Anregungen.

**Zu § 13:**

Die Erweiterung der Zuständigkeit hinsichtlich der Ansprüche aus dem Nachbarrecht und der Ehrverletzung - auch nichtvermögensrechtlicher Art - befürworten wir vollumfänglich. Derartige Fallkonstellationen sind den Schiedsstellen bekannt und diese sind sehr gut für eine einvernehmliche vorgerichtliche Streitschlichtung durch Schiedspersonen geeignet.

Der aktuell vorgesehene Ausschluss der Zuständigkeit für Ansprüche gegen Medienunternehmen ist nachvollziehbar und findet unsererseits Zustimmung. Mit dieser

Postanschrift:  
Bund Deutscher Schiedsmänner  
und Schiedsfrauen e. V. -BDS--  
Postfach 10 04 52  
44704 Bochum  
Geschäftsstelle / Lieferanschrift  
Prümersstraße 2  
44787 Bochum

Kommunikation:  
Telefon: 0234 / 588 97 0  
Telefax: 0234 / 588 97 19  
Email: info@bdsev.de  
Internet: www.schiedsamt.de

Vorstand:  
(Vorsitzende)

Formulierung bleibt als Handlungsoption für die Schiedspersonen bestehen, dass auch Ansprüche aus der Verletzung der persönlichen Ehre, welche in Veröffentlichungen von Presseerzeugnissen erfolgt sind, durch den Antragsteller gegenüber dem Verursacher bzw. Erklärenden weiterhin vor der Schiedsstelle geltend gemacht werden können. Dies passt auch gut zum strafrechtlichen Aufgabengebiet der Schiedsstelle als Vergleichsbehörde im Sinne des § 380 Abs 1 StPO.

#### **Zu § 28:**

Die Ergänzung, dass der Bevollmächtigte die Schiedsperson unverzüglich auf den Eintritt des Vorsorgefalls hinweisen soll ist zweckdienlich und unsererseits zu befürworten, da somit zügig Klarheit im Verfahren herbeigeführt und eine unnötige Verfahrensverzögerung vermieden werden kann.

Hierzu möchten wir erneut anmerken, dass die geplante Regelung hinsichtlich des vorgesehenen Verfahrens etwas kompliziert ausgestaltet scheint, insbesondere weil die Schiedsperson die zu vertretende natürliche Person persönlich anhören soll. Diese vorgesehene persönliche Anhörung der zu vertretenden natürlichen Person durch die Schiedsperson, auch zur Feststellung ob die Voraussetzungen für eine Vertretung durch einen Bevollmächtigten gegeben sind, kann im Hinblick auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 15 Thüringer Schiedsstellengesetz in der Praxis erhebliche Probleme bereiten. Wenn der Antrag schriftlich bei der Schiedsstelle, in deren Amtsbezirk der Antragsgegner wohnt, gestellt wurde und der Antragsteller aufgrund erteilter Vorsorgevollmacht im Termin vertreten werden soll, ist die persönliche Anhörung seiner Person durch die Schiedsperson möglicherweise sehr aufwendig und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden, wenn der Antragsteller weit entfernt von der zuständigen Schiedsstelle wohnt. Insoweit sollte die vorgesehene Neufassung des § 28 zumindest noch dahingehend ergänzt werden, dass es heißt:

*„Die Schiedsperson hat die zu vertretende natürliche Person persönlich anzuhören, sofern diese in demselben Gemeindebezirk, in dem die Schlichtungsverhandlung stattfindet, wohnt und in der Schlichtungsverhandlung ...“*

Ergänzend möchten im Übrigen erneut darauf hinweisen, dass wir es vor allem aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger des Landes Thüringen für sehr bedauerlich halten, dass die obligatorische Vorschaltung der Schiedsstellen gemäß § 15a EGZPO, wie in der überwiegenden Zahl der anderen Bundesländer, in Thüringen leider nicht eingeführt werden



soll. Die weitestgehend flächendeckend vorhandenen Schiedsstellen mit den ehrenamtlich zur Verfügung stehenden Schiedsfrauen und Schiedsmänner könnten in überschaubarem Umfang diese weitere Aufgabe im Rahmen ihrer Zuständigkeiten übernehmen, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, dass eine zeitnahe einvernehmliche Klärung wertmäßig überschaubarer Forderungen eine befriedende Wirkung auf die Beteiligten ausübt und somit insbesondere in kleinen Kommunen zur Verbesserung des friedlichen Zusammenlebens beiträgt. Aus unserer Sicht spricht die Mehrheit der Argumente dafür, auch in Thüringen die obligatorische Vorschaltung einzuführen.

Eine zeitnahe Beschlussfassung und In-Kraft-Setzung dieses ersten Änderungsgesetzes ist insgesamt aus unserer Sicht sehr wünschenswert.

Wir stehen Ihnen für eventuell vertiefende Fragen oder Abstimmungen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

3

Schiedsfrau und Mediatorin  
Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher  
Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. - BDS -

Stellv. Schiedsfrau  
Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS



Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e. V. - BDS -  
Postfach 10 04 52 · 44704 Bochum

**BDS**

- Die Bundesvorsitzende
- Die Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

Thüringer Ministerium für  
Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Postfach 90 04 62  
99107 Erfurt

Ihre Nachricht vom 09.12.2019  
Ihr Zeichen

Bochum, den 18.02.2020  
Aktenzeichen

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer  
Schiedsstellengesetzes**

Sehr geehrter Herr

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 09.12.2019 danken wir zunächst für die Übersendung des Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Thüringer Schiedsstellengesetzes. Hierzu nehmen wir wie folgt gemeinsam für die Bundes- und Landesvereinigung Stellung:

**Zu § 13:**

Die Erweiterung der Zuständigkeit hinsichtlich der Ansprüche aus dem Nachbarrecht und der Ehrverletzung - auch nichtvermögensrechtlicher Art - wird von uns vollumfänglich befürwortet. Eine Vielzahl solcher Fallkonstellationen werden bereits jetzt an die Schiedsstellen herangetragen. Durch Schulungen des BDS sind den Schiedspersonen diese Themen umfassend bekannt, so dass diese sehr gut vorbereitet und geeignet sind, um diesbezügliche Schlichtungsverfahren souverän durchführen zu können.

Die Zuständigkeit für presserechtliche Ansprüche auszuschließen ist nachvollziehbar und akzeptabel, da die Folgen und Handlungsoptionen in derartigen Fällen für die Schiedspersonen gegebenenfalls nicht umfassend überschaubar sein könnten.

Postanschrift:  
Bund Deutscher Schiedsmänner  
und Schiedsfrauen e. V. -BDS--  
Postfach 10 04 52  
44704 Bochum  
Geschäftsstelle / Lieferanschrift  
Prümerstraße 2  
44787 Bochum

Kommunikation:  
Telefon: 0234 / 588 97 0  
Telefax: 0234 / 588 97 19  
Email: [info@bdseiv.de](mailto:info@bdseiv.de)  
Internet: [www.schiedsamt.de](http://www.schiedsamt.de)

Vorstand: \_\_\_\_\_ (Vorsitzende)

#### **Zu § 14:**

Wir halten aufgrund entsprechender Rückmeldungen aus den Schulungen unseres Bundesschiedsamtseminars an unserem Vorschlag fest, die meditative Aufgabenbeschreibung der Schiedspersonen stärker zu betonen und diese noch wie folgt durch einen neuen S. 2 zu verdeutlichen:

*„Die Schiedsperson erörtert mit den Parteien deren Vorstellung von einer einvernehmlichen Regelung der Streitsache.“*

Der aktuelle S. 2 würde dann S. 3

#### **Zu § 17:**

Die Ergänzung der Lebenspartner ergibt sich als logische Schlussfolgerung aus dem Lebenspartnerschaftsgesetz und ist als Klarstellung der Begrifflichkeit sowie Gleichstellung der betroffenen Personen zu befürworten.

#### **Zu § 24:**

Die Erhöhung des Ordnungsgeldes auf 100 Euro wird sehr begrüßt, da somit der <sup>2</sup> Sanktionscharakter verstärkt und die praktische Umsetzung der Vollstreckung über die Kommunen deutlich wahrscheinlicher wird.

#### **Zu § 28:**

Die Ergänzung der Vertretung hinsichtlich der Vorsorgevollmacht könnte so erfolgen. Gegen die hier geplante Regelung spricht aber, dass das vorgesehene Verfahren eher kompliziert ausgestaltet scheint, insbesondere, weil die Schiedsperson die zu vertretende natürliche Person persönlich anhören soll. Diese vorgesehene persönliche Anhörung der zu vertretenden natürlichen Person durch die Schiedsperson, auch zur Feststellung ob die Voraussetzungen für eine Vertretung durch einen Bevollmächtigten gegeben sind, kann im Hinblick auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 15 Thüringer Schiedsstellengesetz in der Praxis erhebliche Probleme bereiten. Wenn der Antrag schriftlich bei der Schiedsstelle, in deren Amtsbezirk der Antragsgegner wohnt, gestellt wurde und der Antragsteller aufgrund erteilter Vorsorgevollmacht im Termin vertreten werden soll, ist die persönliche Anhörung seiner Person durch die Schiedsperson möglicherweise sehr aufwendig und mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden, wenn der Antragsteller weit

entfernt von der zuständigen Schiedsstelle wohnt. Insoweit sollte die vorgesehene Neufassung des § 28 zumindest noch dahingehend ergänzt werden, dass es heißt:

*„Die Schiedsperson hat die zu vertretende natürliche Person persönlich anzuhören, sofern diese in demselben Gemeindebezirk, in dem die Schlichtungsverhandlung stattzufinden hat, wohnt und in der Schlichtungsverhandlung ...“*

Die hier vorgeschlagene ergänzende Regelung kommt so auch im §§ 39 Abs. 1 Nr. 2 des Thüringer Schiedsstellengesetzes vor.

Für den Fall, dass die zu vertretene Partei nicht in demselben Gemeindebezirk wohnt, könnte die Regelung vorgesehen werden: *»Andernfalls hat die zu vertretende natürliche Person die Voraussetzungen für die Vertretung durch ärztliches Attest nachzuweisen«.*

Viele Schiedspersonen werden hinsichtlich der tatsächlichen Feststellung der Geschäftsunfähigkeit unsicher sein. Außerdem sind hier praktisch keine Vorsorgevollmachten bekannt, welche Schlichtungsverfahren o.Ä. mit umfassen würden.

3

Wir weisen abschließend nochmals darauf hin, dass aus hiesiger Sicht die Anzahl der in Betracht kommenden Fälle so gering sein dürfte, dass die Praxisrelevanz dieser Änderung eher zu vernachlässigen ist.

#### **Zu § 50:**

Die Gebührenanpassungen sind vollumfänglich zu befürworten, da sie moderat (immer noch Inanspruchnahme-freundlich) und annähernd inflationsausgleichend und somit angemessen sind.

Die übrigen (redaktionellen) Änderungen (§§ 39, 47, 51, 52, 54) sind folgerichtige Anpassungen gemäß den zu Grunde liegenden Gesetzmäßigkeiten (Verweisungen, Termini).

Eine zeitnahe Beschlussfassung und In-Kraft-Setzung dieses Änderungsgesetzes wäre insoweit grundsätzlich wünschenswert. Wir möchten aber nochmals darauf hinweisen, dass wir es weiter vor allem aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger des Landes Thüringen und der ihnen insoweit ehrenamtlich zur Verfügung stehenden Schiedsfrauen und Schiedsmänner für sehr bedauerlich halten, dass erneut nicht die Chance ergriffen wird, die obligatorische Vorschaltung der Schiedsstellen gemäß § 15a EGZPO, wie in der überwiegenden Zahl der

anderen Bundesländer, auch in Thüringen einzuführen. Hier kann insbesondere die Argumentation im Referentenentwurf gegen die Einführung der obligatorischen Streitschlichtung nicht überzeugen. Da die Schiedsstellen auch - strafrechtlich obligatorische - Sühnebehörde im Sinne des §§ 380 StPO sind, besteht für die Kommune ohnehin (siehe auch § 1 Abs. 1 und § 35 Abs. 1 Thüringer Schiedsstellengesetz) zwingend - als Pflichtaufgabe - die Pflicht, eine Schiedsstelle einzurichten, da anderenfalls dies sonst eine Rechtsverweigerung für den Recht suchenden Bürger darstellen würde. Der Referentenentwurf selbst verweist in seiner Begründung unter I bei der Erweiterung der Zuständigkeit der Schiedsstellen für die nichtvermögensrechtlichen Ansprüche aus dem Nachbarrecht und wegen Verletzung der persönlichen Ehre außerdem ausdrücklich darauf hin, dass diese in diesem Zusammenhang beabsichtigten Neuregelungen auch in den meisten anderen Ländern so geregelt sei. Warum will sich das Bundesland Thüringen demgegenüber in der Frage der obligatorischen Vorschaltung aber weiter freiwillig aus dem Kanon der anderen Bundesländer herauslösen? Selbst wenn angenommen wird, dass eine signifikante Entlastung der Ziviljustiz durch die Einführung der Obligatorik in diesem Sinne nicht zu erwarten sei, was diesseits bezweifelt wird aufgrund der Erfahrungen, die insbesondere in den frühen 2000er Jahren in anderen Bundesländern gemacht werden konnten, bleibt jedenfalls bei einer weiteren Nicht-Einführung der Obligatorik die Chance veran, einen weiteren sinnvollen, nachweislich erfolgreichen und nachhaltigen Beitrag zu einer, das gesellschaftliche Klima verbessernden, konsensualeren Streitbeilegungskultur auch im Land Thüringen durch ehrenamtliche und damit kostengünstige Strukturen anzubieten.

4

Wir stehen Ihnen für eventuell vertiefende Fragen oder Abstimmungen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schiedsfrau und Mediatorin  
Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher  
Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V. - BDS -

Stellv. Schiedsfrau  
Vorsitzende der Landesvereinigung  
Thüringen im BDS

## Übersicht über die Tätigkeit der Schiedsstellen im Freistaat Thüringen

LG-Bezirk	SchSt	bürgerl. Streitigkeiten				Strafsachen				Gebühren in €		sog. Tür- und Angel-Fälle	Schlichtungsquoten		
		Anträge	beide da	Vergleich	OG	Anträge	beide da	erfolgreich	OG	Gemeinde	SchSt		bürgerl.	Strafsachen	gesamt
Summe 2020	210	137	109	88	4	5	1	0	2	1.656,74	1271,92	385	64%	0%	62%
Summe 2019	215	182	142	95	10	11	8	4	4	1.946,00	1769,08	399	52%	36%	51%
Summe 2018	232	220	178	128	9	7	6	4	0	2.521,02	2.085,91	418	58%	57%	58%
Summe 2017	241	218	170	130	6	10	6	6	1	1.977,63	1.873,22	542	60%	60%	60%
Summe 2016	237	205	167	125	9	7	7	4	0	1.878,18	1.736,16	520	61%	57%	61%
Summe 2015	228	217	167	122	6	20	7	3	1	2.422,06	1.862,73	509	56%	15%	53%
Erfurt	59	80	69	49	5	5	3	3	3	769,70	623,55	94	61%	60%	61%
Gera	81	84	77	56	3	4	3	3	0	949,65	839,60	193	67%	75%	67%
Meiningen	47	32	22	17	1	4	4	3	0	295,00	258,40	75	53%	75%	56%
Mühlhausen	53	35	27	19	2	6	6	3	0	524,55	486,70	107	54%	50%	54%
Summe 2014	240	231	195	141	11	19	16	12	3	2.538,90	2.208,25	469	61%	63%	61%
Erfurt	62	85	69	58	4	6	6	4	0	704,40	579,00	122	68%	67%	68%
Gera	82	86	74	56	3	8	5	3	2	926,18	880,60	168	65%	38%	63%
Meiningen	51	39	26	27	0	4	2	1	1	455,00	703,08	53	69%	25%	65%
Mühlhausen	53	35	30	28	3	3	3	1	0	424,95	300,95	61	80%	33%	76%
Summe 2013	248	245	199	169	10	21	16	9	3	2.510,53	2.463,63	404	69%	43%	67%
Erfurt	62	81	74	55	4	2	2	1	0	842,03	609,38	63	68%	50%	67%
Gera	86	63	53	41	1	2	1	1	0	597,50	517,50	88	65%	50%	65%
Meiningen	50	44	26	25	3	4	3	1	1	457,55	578,39	41	57%	25%	54%
Mühlhausen	54	35	31	24	1	13	9	6	1	559,19	294,85	26	69%	46%	63%
Summe 2012	252	223	184	145	9	21	15	9	2	2.456,27	2.000,12	218	65%	43%	63%
Erfurt	58	96	64	62	2	5	2	2	0	734,05	807,55		65%	40%	63%
Gera	88	105	93	63	4	7	5	4	0	844,44	1.041,05		60%	57%	60%
Meiningen	54	78	52	37	8	4	1	0	1	560,40	599,25		47%	0%	45%
Mühlhausen	58	57	53	44	2	3	2	0	1	681,43	320,78		77%	0%	73%
Summe 2011	258	336	262	206	16	19	10	6	2	2.820,32	2.768,63		61%	32%	60%
Erfurt	66	61	54	36	3	3	4	6	6	542,60	456,50		59%	200%	66%
Gera	88	72	60	40	1	8	6	4	0	702,75	650,95		56%	50%	55%
Meiningen	39	34	31	27	0	1	0	0	0	330,12	348,43		79%	0%	77%
Mühlhausen	57	47	42	37	2	6	2	1	0	719,85	354,60		79%	17%	72%
Summe 2010	250	214	187	140	6	18	12	11	6	2.295,32	1.810,48		65%	61%	65%

<b>Summe 2009</b>	<b>256</b>	<b>233</b>	<b>194</b>	<b>161</b>	<b>14</b>	<b>20</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>2.530,08</b>	<b>2.151,45</b>
Erfurt	72	56	52	34	1	3	2	1	0	564,96	463,06
Gera	89	93	82	58	2	69	7	3	1	958,10	904,00
Meiningen	46	33	25	24	11	4	4	3	0	302,13	381,63
Mühlhausen	56	47	44	36	1	16	12	6	1	590,08	482,22
<b>Summe 2008</b>	<b>263</b>	<b>229</b>	<b>203</b>	<b>152</b>	<b>15</b>	<b>92</b>	<b>25</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>2.415,27</b>	<b>2.230,91</b>
Erfurt	72	93	67	52	4	10	8	8	4	866,38	920,38
Gera	91	96	78	64	5	15	13	10	1	990,50	790,50
Meiningen	37	42	26	22	4	9	5	4	1	308,38	388,28
Mühlhausen	57	49	35	28	2	4	3	2	2	503,70	554,10
<b>Summe 2007</b>	<b>257</b>	<b>280</b>	<b>206</b>	<b>166</b>	<b>15</b>	<b>38</b>	<b>29</b>	<b>24</b>	<b>8</b>	<b>2.668,96</b>	<b>2.653,26</b>
Erfurt	75	60	41	29	3	8	3	4	0	443,19	478,25
Gera	89	74	65	36	2	3	4	3	0	736,86	539,00
Meiningen	42	32	24	19	1	4	5	3	0	330,45	292,85
Mühlhausen	56	33	28	26	2	11	9	3	1	546,40	439,00
<b>Summe 2006</b>	<b>262</b>	<b>199</b>	<b>158</b>	<b>110</b>	<b>8</b>	<b>26</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>2.056,90</b>	<b>1.749,10</b>
Erfurt	79	84	59	45	2	11	7	3	2	567,00	537,50
Gera	90	81	71	53	3	15	5	4	1	969,40	788,82
Meiningen	50	37	28	24	3	8	8	5	0	606,69	379,75
Mühlhausen	55	44	39	30	1	6	4	3	3	559,84	508,50
<b>Summe 2005</b>	<b>274</b>	<b>246</b>	<b>197</b>	<b>152</b>	<b>9</b>	<b>40</b>	<b>24</b>	<b>15</b>	<b>6</b>	<b>2.702,93</b>	<b>2.214,57</b>
Erfurt	83	71	57	35	1	13	13	7	0	609,70	542,20
Gera	91	83	68	57	3	12	7	5	0	600,10	629,05
Meiningen	50	54	40	32	4	7	6	3	2	670,25	410,40
Mühlhausen	56	52	40	34	0	2	2	2	0	565,00	355,00
<b>Summe 2004</b>	<b>280</b>	<b>260</b>	<b>205</b>	<b>158</b>	<b>8</b>	<b>34</b>	<b>28</b>	<b>17</b>	<b>2</b>	<b>2.445,05</b>	<b>1.936,65</b>
Erfurt	84	72	55	36	3	12	12	4	0	613,43	601,55
Gera	87	85	74	66	9	14	11	9	2	909,25	877,76
Meiningen	49	49	36	24	7	7	5	4	4	457,34	337,00
Mühlhausen	57	46	36	31	5	11	8	5	0	687,24	407,96
<b>Summe 2003</b>	<b>277</b>	<b>252</b>	<b>201</b>	<b>157</b>	<b>24</b>	<b>44</b>	<b>36</b>	<b>22</b>	<b>6</b>	<b>2.667,26</b>	<b>2.224,27</b>

<b>69%</b>	<b>65%</b>	<b>69%</b>
61%	33%	59%
62%	4%	38%
73%	75%	73%
77%	38%	67%
<b>66%</b>	<b>14%</b>	<b>51%</b>
56%	80%	58%
67%	67%	67%
52%	44%	51%
57%	50%	57%
<b>59%</b>	<b>63%</b>	<b>60%</b>
48%	50%	49%
49%	100%	51%
59%	75%	61%
79%	27%	66%
<b>55%</b>	<b>50%</b>	<b>55%</b>
54%	27%	51%
65%	27%	59%
65%	63%	64%
68%	50%	66%
<b>62%</b>	<b>38%</b>	<b>58%</b>
49%	54%	50%
69%	42%	65%
59%	43%	57%
65%	100%	67%
<b>61%</b>	<b>50%</b>	<b>60%</b>
50%	33%	48%
78%	64%	76%
49%	57%	50%
67%	45%	63%
<b>62%</b>	<b>50%</b>	<b>60%</b>

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)



## **5. Weitere Beiträge**

**(Keine Dokumente vorhanden)**

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**